Nr. 38. Halle (Saale), Donnerstag, den 14. Februar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis:
Monatlich 1. Mk. bei freier Zustellung ins Haus an jed. Werktag. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.— Mk. oder 3.— Mk. vierteljährlich und 14 Pfg. Bestellgeld für monatl., wenn die Zustellung vom Postbote erfolgt.
„Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage, 6 Pfg. im Monat.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16166.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis:
Die sechsgespaltene, 46 mm breite Petitzeile kostet 25 Pfg. für andersherkunftige Anzeigen, ob. gleich 25 Pfg. Anzeigen unter Text: Für die 62 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Kein Dauerfriede.

Das Folgende entnehmen wir der Leipziger Volkszeitung:

Der Krieg im Osten scheint für den Augenblick zu Ende, wenn er nicht nach dem Willen der Alldeutschen fortgesetzt wird, für alle erkennbar als Eroberungskrieg.

Der Friede zwischen der Ukraine und den Zentralmächten ist ein Friede zwischen Staaten, die beide auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen. Ein Friede zwischen einem Staat, dessen Regierung die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die sozialistische anstrebt, und kapitalistischen Staaten hätte eine Fülle interessanter wirtschaftlicher Probleme aufwerfen müssen. Der Friede zwischen der Ukraine und den Zentralmächten zeigt davon nichts. Die Regierungen der Zentralmächte haben die Interessen ihrer Kapitalisten und Grundbesitzer in der Ukraine gut vertreten. Es ist keine Rede davon, daß ihr Besitz durch eine Vergesellschaftung des Bodens oder der Produktionsmittel abgelöst werden könnte.

Dieser Frieden trägt einen durchaus kapitalistischen Charakter. Er erneuert den deutsch-russischen Handelsvertrag, der die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland vor Kriegsausbruch getrübt hat. Er schließt den Abbau der allgemeinen Meistbegünstigung ein und deutet an, daß die Zentralmächte sich zu einem großen, nach außen durch Schutzzollmauern abgeschlossenen Zollbündnis zusammenschließen wollen. Die Pläne der deutschen Imperialisten würden damit zu einem gewissen Teile in Erfüllung gehen. Der Frieden mit der Ukraine ist deshalb nicht nur eine erneute Proklamation deutscher imperialistischer Pläne, sondern zugleich der Anfang zu ihrer Verwirklichung. Würde der allgemeine Friedensschluß nach den Gesichtspunkten erfolgen, sonen: 83 227 Mark.

[illegible] die die Zentralmächte bei dem Frieden mit der Ukraine durchgesetzt haben, so würde ein Zustand der Welt sich herausbilden, daß mehrere große voneinander abgeschlossene Wirtschaftsimperien nebeneinander bestehen. Dieser Zustand würde nicht nur einen dauernden Handelskrieg bedeuten, sondern zugleich die Möglichkeit neuer politischer Zusammenstöße nach dem Abschluß des Weltkrieges nicht aus der Welt schaffen. Mit solchen Absichten läßt sich kein dauernder Friede schaffen.

Dieser Friedensschluß hat wenige Stunden nach seinem Zustandekommen bereits Wirkungen zur Folge gehabt, die auf das deutlichste zeigen, daß er, anstatt einen dauernden Frieden zu schaffen, eine Reihe von Konflikten heraufbeschwört, die es in Zukunft verhindern werden, daß die Völker im Osten in Frieden und Freundschaft leben. Die Grenzfestsetzung nach Polen hin will das Cholmer Land, das eine zahlreiche polnische Bevölkerung besitzt, zu dem neuen ukrainischen Staate schlagen. Dieses Gebiet ist von jeher ein Gegenstand erbitterten Streites zwischen Polen und Ukrainern gewesen. Der Friedensschluß will diesen Streit zuungunsten der Polen entscheiden. Die Wirkung dieser Entscheidung hat sich zunächst in Oesterreich geltend gemacht. Die polnischen Parteien haben geschlossen der österreichischen Regierung erklärt, daß sie in die schärfste Opposition treten würden. Die österreichische Regierung steht nunmehr einem geschlossenen tschechisch-polnisch-südslawischen Block entgegen. Auch die Regierung des neuen Polens hat bei den Zentralmächten gegen diese Grenzfestsetzung protestiert. Es läßt sich schon heute erkennen, daß durch diese Grenzfestsetzung ein Konfliktstoff zwischen dem neuen ukrainischen Staate und dem unabhängigen Polen gegeben ist, noch bevor diese Staaten überhaupt recht ins Leben getreten sind. Die Zentralmächte mögen hoffen, aus dieser Entzweiung der geplanten selbständigen Staaten an ihrer Ostgrenze Vorteil für sich zu ziehen. Für die Völker aber bedeutet die Schaffung eines solchen Konfliktstoffes die Verhinderung des Zustandekommens eines dauernden Friedens. Sie bedeutet die Verewigung der Kriegsgefahr.

Gegen Rumänien hin sind die Grenzen der Ukraine so festgesetzt worden, daß Bessarabien freigeblieben ist. Es wird behauptet, daß Bessarabien Rumänien als Kompensation für die Dobrudscha, die Bulgarien beansprucht, angeboten werden soll.

Gegen Rußland hin ist die Festsetzung der Grenzen der Ukraine eine Sache, die zwischen Großrußland und der Rada von Kiew ausgetragen werden muß. Inzwischen hat dieser Friedensschluß seine Wirkung auf die Verhandlungen in Brest-Litowsk ausgeübt.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk sind zu Ende. Trotzki hat erklärt, daß der Kriegszustand zwischen Rußland und den Zentralmächten beendigt sei. Diese Erklärung ist, wie so manche Erklärung, die von der russischen Friedensdelegation im Laufe der Verhandlungen abgegeben worden sind, eine Zeichen einer anbrechenden neuen Zeit. Es ist der Protest eines Volkes, das den Frieden will, gegen Losreißungs- und Zertrümmerungsabsichten fremder Regierungen. Rußland will den Frieden. Es ist der russischen Delegation nicht möglich gewesen, sich über den Inhalt eines Friedensvertrages mit den Zentralmächten zu verständigen. Die Losreißung von fast der Hälfte der Bevölkerung des europäischen Rußlands durch die Zentralmächte, ohne daß Garantien für die Beachtung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der beteiligten Völkerschaften gegeben worden wären, ist nicht von der russischen Regierung zu erreichen gewesen und [illegible] erreicht werden.

In der deutschen bürgerlichen Presse ist die Hoffnung ausgesprochen worden, daß die Lebensdauer der Bolschewiki-Regierung nicht mehr lange währen könne, und daß eine neue russische Regierung von anderem Parteicharakter die Zustimmung zu den Plänen der Zentralmächte geben würde, die die Regierung Trotzki-Lenin nicht geben wollte und konnte. Diese Hoffnungen sind trügerisch. Eine jede russische Regierung, gleichviel aus welcher Partei sie entstammen würde, wird den Protest der Regierung Lenin und Trotzki gegen die Eroberungspläne der Zentralmächte zu dem ihrigen machen.

Die Alldeutschen wollen, daß die jetzt gegebene Situation im Osten ausgenutzt werde, um die deutschen Pläne durchzuführen. Ihre Presse vertraut darauf, daß nunmehr die deutsche Regierung im Osten rücksichtslos zugreifen werde. Die Deutsche Zeitung sagt: „Wohl aber ist mindestens zu erwarten, daß wir uns dort allein die Entschädigungen, die unsern durch das Schwert erkämpften Siegerrechten entsprechen, vorbehalten, und daß wir auch bei der Regelung der Wirtschaftsbeziehungen unserseits den Macht- und Siegesstandpunkt nachdrücklich zur Geltung bringen." Darüber hinaus aber verlangt der Deutsche Kurier, daß von der russischen Regierung die Zusatzerklärung gefordert werde, daß sie sich nicht in die Regelung der Grenzgebietsfragen, deren Umfang von Deutschland zu bestimmen wäre, weiter einzumischen versuchen werde, sondern daß sie von vornherein die Vereinbarungen gutheiße, die die Grenzvölker mit Deutschland treffen würden, und daß einer Weigerung nicht mit Worten, sondern mit Taten begegnet werde. Es ist eine Unsinnigkeit ohnegleichen, von einem Volke, dem gewaltsam große Gebietsteile weggenommen werden sollen, nun auch noch mit Gewalt die Erklärung herauszupressen versuchen, daß es mit solcher Vergewaltigung einverstanden sei. Ob nun diese Erklärung gegeben wird oder nicht: Geht es nach dem Willen der Alldeutschen, so wird im Osten ein neuer Krisenherd geschaffen, der die Gefahr eines neuen Krieges dauernd macht. Von einem Dauerfrieden mit Rußland kann dann keine Rede sein.

[illegible] Staatssekretär v. Kühlmann, daß auch [illegible] Die russische Friedenserklärung ist einseitig. Wollte die deutsche Regierung einen dauernden Frieden der Völkerverständigung mit Rußland, so müßte sie ihrerseits eine ähnliche Erklärung folgen lassen und die Konsequenzen daraus ziehen. Wie Rußland demobilisiert, so müßte sie die eigenen Truppen zurückrufen, die deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland zurückfordern und die russischen Kriegsgefangenen so schnell als möglich in ihre Heimat zurückschicken.

Oestliche Verwickelungen.

Die schicksalsschweren Folgen des Sonderfriedens mit der Ukraine, dieses Diplomatenwerkes von Brest-Litowsk, kündigen sich mit bedeutsamen Vorgängen an. Nach der Kampfansage sämtlicher polnischer Parteien — von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken — an die österreichische Regierung, deren Folgen unabsehbar sind, hat jetzt das polnische Kabinett in Warschau, nach vorheriger Beratung mit dem Regentschaftsrat, seinen Rücktritt eingereicht.

Warschau, 13. Februar. Die der Warschauer Kurjer Polski an der Spitze des Blattes mit großer Ueberschrift mitteilt, hat der Ministerpräsident Kucharzewski am Montag abend um 7 Uhr den Regentschaftsrat die Demission des Gesamtkabinetts überreicht. Der Schritt des Ministeriums hängt offenbar mit dem ukrainischen Friedensvertrag und der polnischen Enttäuschung darüber zusammen.

Diese Meldungen lassen darauf schließen, daß das Polentum der verschiedensten Zentren gegen die Bestimmungen des ukrainischen Sonderfriedens vorgeht. Wie weit damit gerechnet worden ist, wird nicht ersichtlich, ist das Cholmer Land und ein Teil der Gouvernements Lublin und Siedlec — alles alte Bestandteile des früheren Königreichs Polen — der ukrainischen Volksrepublik einverleibt worden. Wie ein Keil schieben sich diese Gebiete zwischen Polen und Galizien hinein, deren enger Konnex als das glühende Ziel aller Verfechter eines „freien Polens" bezeichnet wurde. Mit der endgültigen Annahme der „ukrainischen Orientierung" durch die Mittelmächte fallen naturgemäß alle mit der Selbständigkeit Polens verknüpften Spekulationen zusammen, die seit dem Bethmannschen Polenerlaß vom November 1916 besonders stark waren und — ungeachtet des Widerstandes hakatistischer Kreise — bis in die letzte Zeit gehegt wurden.

Ueber die Stimmungen in Polen unterrichtet folgende Meldung der Vossischen Zeitung, die ihr am 13. Februar über Lemberg aus Warschau zugeht:

„Die Stimmung in den polnischen Regierungskreisen war schon krisenhaft, als die bloße Nachricht von dem Abschluß des Friedens mit der Ukraine bekannt wurde. Als dann auch die Details bekannt wurden, gab der österreichische Militärgouverneur Graf Szeptitzki sofort seine Demission, und Zivildatavs Ritter v. Madeiski ersuchte um Entbehrung von seinem Amte. Auch Hofrat Dr Kosner, der als Vertreter des k. u. k. Ministeriums des Aeußern in Warschau wirkt, ist zurückgetreten. Die polnische Regierung hat ebenfalls demissioniert, und auch die Mitglieder des Regentschaftsrates tragen sich mit dem Plane, ihre Stellen niederzulegen. In den führenden polnischen Kreisen besteht die Absicht, die Ausführung dieses Planes zu verhindern, weil sonst die Möglichkeit gegeben werde, daß sämtliche bisher geschaffenen politischen Institutionen wieder verschwinden und daß ultraradikale Elemente die Oberhand gewinnen, die einen Anschluß an Rußland in republikanischer Form suchen und eine geheime Regierung bilden könnten. An Stelle des Ministeriums Kucharzewski wird wahrscheinlich ein Kabinett Stecki treten. Stecki gehörte vor seinem Eintritt in die Regierung der russenfreundlichen nationaldemokratischen Partei an. Die für den 27. Februar ausgeschriebenen Wahlen in den Staatsrat können nicht stattfinden, weil die Wahlen auch für die Bezirke ausgeschrieben sind, die der Ukraine zufallen sollen. Es herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß jetzt die Selbständigkeit Polens ernstlich gefährdet ist und Polen wieder zu einem okkupierten Staat wird. Der Bund zur Lösung der polnischen Frage im austropolnischen Sinne wird sich auflösen."

Der Kern dieser Meldung liegt darin, daß die polnischen Parteien in Kongreßpolen, ebenso wie in Oesterreich-Ungarn, in schärfste Opposition zu den Regierungen der Mittelmächte treten. Entsteht in Oesterreich daraus die Gefahr eines kompakten oppositionellen Blocs sämtlicher Slawen, so tritt in Polen jene Richtung wieder in den Vordergrund, die einen engen Anschluß an Rußland anstrebt.

Wie sich die Dinge nach dem Sonderfriedensschlusse mit der Ukraine weiter entwickeln werden, läßt sich nicht ermessen. Sehr viel wird hier von der Politik der Regierungen der Mittelmächte abhängen.

*

Die polnischen Truppen in Rußland verhandeln mit Warschau. Dem KurierArarszawski zufolge hat der Regentschaftsrat die Mitteilung erhalten, daß drei Abgeordnete von Kommandanten der polnischen Truppen in Rußland, General Dowbor-Musnicki in besonderer Mission in Warschau eintreffen werden.

[illegible] seiner Soldaten auf die [illegible] lassen der einen Partei gegen die andere zu verzichten. [illegible] die ukrainische Rada wird unter Ausschluß [illegible] mir verlegt und die direkte Verbindung mit Oesterreich hergestellt.

Rußland.

Das ganze Volk für die Friedensgrundsätze.

Kopenhagen, 12. Februar. Der Vertreter der russischen Regierung, Kamenew, der sich auf der Reise nach den Ententeländern in Stockholm aufhält, sagte einem Pressevertreter über die russische Friedenserklärung:

„Rußland kann und will nicht länger Krieg führen, aber die russische Regierung gibt ihre Grundsätze nicht auf und behält sich die Vertretung ihrer Friedensgrundsätze auf der allgemeinen Friedenskonferenz vor, die nicht ausbleiben kann."

Weiterhin sagte Kamenew, er glaube nicht, daß Deutschland an der Ostfront ganz abrüsten werde; aber bis auf eine Grenzwache werde es seine Truppen an die Westfront schicken, was einen weiteren Druck auf die Ententemächte ausüben werde, mit den Friedensverhandlungen zu beginnen. Auf die Frage, ob Trotzki für seine Friedenserklärung das Einverständnis des russischen Volkes habe, antwortete Kamenew: **„Ganz und gar, man irrt, wenn man annimmt, daß Trotzki eigenmächtig vorgegangen sei. Der Beschluß, eine Erklärung über den Frieden und die Demobilisierung in Brest-Litowsk abzugeben, ist in Petersburg im allgemeinen Arbeiter- und Soldatenkongreß im Beisein Trotzkis gefaßt worden."**

Die Daily News erfahren aus Petersburg: **Die Bolschewiki betrachten den Krieg mit dem Auslande für erledigt.** Die diplomatischen Beziehungen mit allen Staaten sollen behufs Aufgenommen werden. Der Kongreß der Sowjets hat sich für die beschleunigte Wiederaufnahme des Wirtschaftsverkehrs mit den Mittelmächten in seiner Sitzung vom 10. Febr. erklärt.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 14. Februar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Engländer und Franzosen setzten an vielen Stellen der Front ihre Erkundungen fort. Nördlich von Lens und in der Champagne kam es dabei zu heftigen Kämpfen. In einem vorspringenden Teil unserer Stellung südöstlich von Tahure haben sich die Franzosen festgesetzt. Eigene Infanterie brachte in Flandern und auf den Maashöhen Gefangene ein.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

In Erwartung der deutschen Offensive. Kopenhagen, 18. Februar. Der Sonderberichterstatter des Reuterschen Bureaus an der Westfront meldet: Die einzige militärische Frage, für die man hier an der Front überhaupt noch Interesse hat, ist die: Wann und wo werden die Deutschen an der Westfront ihre große Offensive beginnen? Eine Offensive in einem derartig großen Maßstabe, wie wir sie hier gegen die englisch-französischen Linien erwarten, wird zwar hier als ein zweifelloses Abenteuer betrachtet, aber anderseits kann man sich auch nicht dem Gedanken verschließen, daß ein derartiges Abenteuer glücken könnte. In sechs Monaten würde das amerikanische Heer das Gleichgewicht im Interesse der Alliierten wiederhergestellt haben, und so macht man sich hier an der Front auf eine Offensive gefaßt, die die Deutschen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Batterien und Mannschaften durchführen werden. Nun fragt man sich: Wann und wo soll diese Offensive stattfinden?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191802 14-16/fragment/page=0001

Lloyd Georges Antwort.

Ebenso wie Wilson hat auch der englische Machthaber Lloyd George auf die Erklärungen der Grafen Hertling und Czernin geantwortet. Auch er findet in den Reden der Regierungsvertreter der Mittelmächte keine Zusagen, die Friedensverhandlungen für die Entente ermöglichten. Die großen Schlachten im Westen scheinen nicht mehr verhindert werden zu können. — Zugleich hat Lloyd George über diesen sich zusammentürmenden Waffengang und die Vorbereitungen der Ententeheere dazu mancherlei gesagt und angedeutet.

London, 12. Februar. Asquith sagte bei Beratung der Thronrede im Unterhause, er glaube, daß die Regierung den Umfang der Erweiterung der Befugnisse des Kriegsrats der Alliierten werde angeben können. Asquith wünschte zu wissen, ob irgendein Wechsel in dem Personalstande oder der Stellung des Oberkommandierenden oder des Generalstabschefs erfolgt oder beabsichtigt sei. Dies Haus würde seine Pflicht nicht tun, wenn es nicht die Regierung ersuchte, eine maßgebende Entscheidung zu treffen hinsichtlich der Beruhigung des Mißtrauens und Beseitigung des Zweifels daran, daß die Kriegführung in Zukunft nach klaren Plänen, die die Zustimmung der höchsten technischen Berater fänden, geleitet werden würde.

Premierminister Lloyd George sagte als Antwort: Die Regierung bleibt auf dem Standpunkt der wohlerwogenen Erklärungen, die ich am Anfang dieses Jahres vor Vertretern der Tageszeitungen abgegeben habe. Ich lese mit tiefer Enttäuschung die Antworten, die durch den deutschen Reichskanzler und den Grafen Czernin auf die Rede des Präsidenten Wilson und auf die, die ich im Auftrage der Regierung gehalten habe, abgegeben worden sind. Es ist durchaus richtig, daß, soweit es den Ton betrifft, ein großer Unterschied zwischen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Rede besteht. Aber ich wünschte, ich könnte glauben, es gäbe auch einen Unterschied im Inhalte. Das kann ich nicht finden und ich lehne die Auslegung der Rede des Grafen Czernin ab, die zwar außerordentlich höflich im Tone und freundlich war, aber von großer Härte, wenn man zu dem wirklichen Inhalt der von den Alliierten aufgestellten Forderungen kommt. Er stellt Mesopotamien, Palästina und Arabien in genau dieselbe Kategorie wie Belgien. Sie sollen den Türken vermutlich unter denselben Bedingungen zurückgegeben werden, unter denen Deutschland Belgien zurückgeben will. Was die italienischen Ansprüche anbelangt, sagte Czernin ganz einfach, daß gewisse Angebote vor dem Krieg gemacht wurden, und daß diese nun zurückgezogen worden sind. Was über die slawische Bevölkerung Oesterreichs gesagt wird, war lediglich eine höfliche Aeußerung an Wilson und andere, dahingehend, daß uns diese Frage nichts angeht. Czernin hat keine einzige bestimmte Frage behandelt, ohne die bestimmteste Weigerung abzugeben, irgendwelche Bedingungen darüber, die als mögliche Friedensbedingungen betrachtet werden könnten, zu erörtern.

Was die deutsche Antwort anbelangt, so ist es schwer zu glauben, daß es Hertling mit einigen der Forderungen, die er aufstellte, ernst war. Was war seine Antwort auf die sehr gemäßigten von den Alliierten aufgestellten Bedingungen? Sie ging dahin, daß Großbritannien seine Kohlenstationen auf der ganzen Welt, von denen er ein halbes Dutzend namentlich aufführt, aufgeben müsse. Dieses Verlangen wurde damit zum ersten Male aufgestellt, und ich muß sagen, ich glaube, daß dies die allerletzte Forderung war, die Deutschland mit Anstand erheben konnte. Diese Kohlenstationen sind den deutschen ebenso wie den britischen Schiffen früher zugänglich gewesen. Die verschiedenen Besuche seitens deutscher Kriegsschiffe und Transportschiffe in diesen Häfen beliefen sich im Jahre 1913 auf ungefähr 50 bis 60. Diese Schiffe erhielten dort genau den gleichen Beistand wie die britischen Kriegsschiffe. Ich gestehe, daß die Erhebung solcher Forderungen, zum ersten Male im vierten Kriegsjahr, der beste Beweis dafür ist, daß das Deutsche Reich der wenigstens seine gegenwärtigen Ziele [illegible] mit den Alliierten zu erörtern. Ich bedauere dies auf das tiefste, aber es hat keinen Zweck, nach Frieden zu rufen, wenn [illegible] gefunden werden kann. Jene Bedingungen wurden [illegible] gefällig geprüft mit der wirklichen Absicht, in ihnen etwas zu finden, das als ein Anzeichen dafür, daß die Mittelmächte bereit seien, einer Basis für eine Vereinbarung irgendwie näher zu kommen, gelten konnte, und ich muß gestehen, daß die Prüfung dieser beiden Reden sich als äußerst enttäuschend für diejenigen herausstellte, denen aufrichtigst am Herzen lag, in ihnen einen echten und wirklichen Friedenswunsch zu finden. **Die Handlungsweise des Deutschen Reiches gegenüber Rußland beweist, daß alle Erklärungen über Frieden ohne Annektionen und Entschädigungen, keine wirkliche Bedeutung haben.** Ueber Belgien wurde keine Antwort gegeben, die als befriedigend betrachtet werden kann; desgleichen nicht über Polen und die berechtigten Ansprüche Frankreichs auf Rückerstattung seiner verlorenen Provinzen. Kein Wort wurde über die Bevölkerung italienischer Rasse und Sprache, die jetzt unter dem österreichischen Joche lebt, gesagt, und was die Türkei anbelangt, so kann man weder bei Hertling noch bei Czernin ein Anzeichen dafür finden, daß sie bereit seien, die Rechte der Araber auf Mesopotamien und Arabien anzuerkennen. Die bloße Verleugnung dieser Rechte ist ein Anzeichen, daß sie entschlossen sind, das, was sie die Integrität der Türkei nennen, aufrechtzuerhalten.

Die Regierung kann nicht im geringsten von ihrer Erklärung der Kriegsziele, die sie aufgestellt hat, abgehen, die sie noch immer als die Ziele und Ideale, für die wir kämpfen, ansieht. Es sind alle Anzeichen dafür vorhanden, daß die ganze Nation jene Erklärung als gerecht und gemäßigt ansieht, und bevor nicht ein besserer Beweis, als durch die beiden Reden geliefert wird, dafür besteht, daß die Mittelmächte bereit seien, sie in Erwägung zu ziehen, wird es unsere traurige Pflicht sein, alle zur Herstellung des Völkerrechts in der gesamten Welt nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Asquith hat mich nach der Konferenz in Versailles gefragt. Er wird erkennen, daß es unmöglich ist, dem Hause eine Erklärung darüber abzugeben, ohne gleichzeitig die Pläne der Alliierten zu enthüllen. Rußland ist inzwischen aus dem Krieg ausgeschieden. Seitdem hat eine sehr beträchtliche Anzahl von deutschen Divisionen gegenwärtig die Ostfront verlassen. Sie ist nach dem Westen gebracht worden. Die Lage wurde sehr viel bedrohlicher als sie damals war. Die Alliierten sind in Versailles zusammengekommen, um die besten Mittel zur Begegnung dieser Bedrohung im Jahre 1918 zu beraten. Bis zu diesem Jahre besaßen die Alliierten die überwältigende Mehrheit an Truppen auf der Westfront. Stärkemäßig und sogar rasch hat diese Ueberlegenheit nachgelassen, besonders während der wenigen letzten Wochen, trotz der von den Deutschen den Russen gegenüber eingegangenen Verpflichtung, daß während des Waffenstillstandes keine Truppen von der Ost- nach der Westfront abgezogen werden sollten. Sie werden so schnell, wie dies die Eisenbahn oder andere Verkehrsmittel gestatten, befördert, und das müssen wir uns auch vor Augen halten, wenn wir über die Friedensbedingungen sprechen (Beifall); denn es hat einen tatsächlichen Einfluß auf die Bürgschaften. **Die Lage ist durch die außerordentlichen Verstärkungen, die vom Osten nach dem Westen gebracht wurden, vollständig verändert.** Die Vertreter der Alliierten in Versailles hatten mit einer Lage zu tun, wo es absolut wesentlich ist, daß die ganze Kraft der alliierten Armeen von Frankreich, England, Italien, Amerika — für die Stelle, wo der Angriff kommt, verfügbar wären. Wo wird der Angriff kommen, hier oder dort? Wer kann es wissen? Alles, was man weiß, ist, daß er vorbereitet worden ist. Der Feind hat hinter sich ein riesenhaftes Eisenbahnsystem, wodurch der Angriff hier und dort zur Ausführung kommen kann. Es war wesentlich, daß Anordnungen getroffen wurden, durch die die Alliierten mit ihrer Armee als einer einzigen operieren konnten, um der Gefahr und der Drohung, wo sie komme, zu begegnen. Ich wünschte, daß es irgend jemand in Deutschland gäbe, der die deutschen Entschlüsse in den Zeitungen veröffentlichte. Der Mann, der das täte, würde uns erzählen, zu welchen Maßnahmen die Oesterreicher und die Deutschen übereingekommen seien zu dem Zwecke des wirksamsten Angriffs auf unsere Streitkräfte. Er wäre den Alliierten 20 Armeekorps wert. Ich muß mit Vorsicht über die Kriegskonferenz sprechen. Millionen wertvoller Menschenleben, die Ehre des Staates, die Sicherheit unseres Vaterlandes hängen davon ab. Informationen auszuplaudern, die die Kaiserreiche wünschen, wäre ein Verrat ohnegleichen und ich lehne es ab, einen solchen zu begehen. Es genügt, zu sagen, daß die getroffenen Entschließungen einstimmig waren. Es gibt keine Armee, deren Sicherheit von der Ausführung dieser Entschließungen abhängiger ist, als die britische. Sie nimmt den wichtigsten Frontabschnitt ein. Diese neue Armee, die in den letzten zwei bis drei Jahren aus dem Boden gestampft wurde, ist von Frankreich, im Verein mit seiner eigenen großen Armee, mit der Verteidigung seiner Hauptstadt und der wichtigsten Teile Frankreichs betraut worden, und die Häfen entlang der Küste sind seitens Frankreichs der britischen Armee vollkommen freiwillig zur Verteidigung überlassen worden.

Lloyd George machte dann lange Ausführungen darüber, daß die Versailler Beschlüsse militärisch gewesen seien, er also keine Auskunft geben könne. Wenn das Unterhaus und das Land von der Kriegsführung nicht befriedigt sind und glauben, daß es eine Regierung gibt, die den Krieg besser führen könne, dann ist es in Gottes Namen ihre Aufgabe, diese andere Regierung einzusetzen. Aber solange das Unterhaus sein Vertrauen in die Regierung bewahrt, möchte ich sagen, daß der Regierung völlig freie Hand in der Kriegsführung gewährt werden müsse. Ich appelliere an das Unterhaus, die Regierung in ihrer Entschlossenheit zu unterstützen, daß, wenn Entschließungen dieser Art getroffen werden, sie ausgeführt werden müssen und dem Feinde nicht enthüllt werden dürfen, um ihm Nachrichten an die Hand zu geben, die ihm ermöglichen, seine Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

•

England erkennt den Sonderfrieden nicht an. London, 12. Februar. Dem Reuterschen Bureau ist mitgeteilt worden, daß die englische Regierung sich nicht für gebunden hält, den zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und den anderen Unterzeichnern mit der Ukraine geschlossenen Frieden anzuerkennen.

•

Durchhalten der italienischen Regierung.

Rom, 12. Februar. Ministerpräsident Orlando hat in der Kammer eine Rede gehalten, in der er erklärte: Durchhalten ist unausweichliche Notwendigkeit angesichts unserer Ideale und unserer Selbsterhaltungspflicht; dieser Haltung stimmen alle den Mittelmächten feindlichen Staaten zu. Der Minister wies auf die sachliche Uebereinstimmung der letzten Reden der Entente-Staatsmänner über Kriegsziele und Friedensbedingungen hin; die verschiedenen Verhältnisse, unter denen sie gesprochen hätten, hätten nur bewirkt, daß alle denkbaren Friedensmöglichkeiten dem Gegner zur Kenntnis gebracht worden wären. Dieser aber habe sich nicht bereit gezeigt, auf sie einzugehen. Die Reden des Reichskanzlers und des Grafen Czernin hätten trotz ihrer sonstigen Verschiedenheit die Forderungen der Alliierten übereinstimmend zurückgewiesen, sie „forderten alles und gewährten nichts". Man müsse den Krieg mit aller Kraft fortsetzen, und Italien müsse seine Kriegsziele nach den Erfahrungen dieses Krieges noch bestimmter als vorher aufrechterhalten, nämlich die **Vereinigung aller Italiener und die Erlangung gesicherter Land- und Seegrenzen.**

•

Ententekonferenz über die Friedensbedingungen.

Französische Blätter melden, daß eine Einladung Wilsons [illegible] mit den größten Schwierigkeiten verbunden [illegible] gemeinsamen Konferenz über die Festlegung der Friedensbedingungen eingegangen sei.

•

Weitere russische Friedensbemühungen.

Der Genfer Berichterstatter der N. Züricher Ztg. will wissen, der als russischer Geschäftsträger nach der Schweiz gereiste Maximalist Holtzmann habe den Auftrag, bei den Kriegführenden für einen sofortigen Frieden zu wirken. Ein zweiter Auftrag beziehe sich auf die noch in der Schweiz sich aufhaltenden Sozialrevolutionäre.

Eine ähnliche Meldung bringt die Tribuna de Lausanne, jedoch in der Form, daß Hofmann ein Eingreifen der schweizerischen Bundesregierung zur Herbeiführung eines allgemeinen Friedens erwirken solle.

Der Kongreß der Soviets in Permanenz. Petersburg, 12. Februar. Der Kongreß der russischen Sowjets beschloß, sich bis zum vertraglichen Abschluß Rußlands mit allen Kriegführenden über die Wiederaufnahme der Friedenswirtschaft in Permanenz zu erklären.

Rumänien.

Berlin, 14. Februar. Nach einer Meldung soll am Montag die rumänische Regierung von den Gesandten der Entente in Jassy auf die weittragenden Folgen einer Abschwenkung von der gemeinsamen Politik hinzuweisen worden sein. Die neue rumänische Regierung habe die Mitteilungen der Gesandten zur Kenntnis genommen, eine Gegenerklärung wurde aber nicht abgegeben. — Der Londoner Morning Post zufolge soll der private Telegrammverkehr zwischen Großbritannien und Rumänien am Montag eingestellt worden sein.

Finnland.

Ueber neue Kämpfe melden die schwedischen Blätter weitere Greuelgeschichten, über deren Wahrheit keine Bestätigung vorliegt. So lautet eine Meldung:

Stockholm, 12. Februar. Aftonbladet erfährt aus Happaranda, daß die Schreckensherrschaft der Roten Garde unverändert weiter bestehe. Täglich würden neue Mordtaten verübt. Um die Toten für die Angehörigen unkenntlich zu machen, werden ihre Gesichter zerschnitten. In Kerjo bei Helsingfors verhinderte die Rote Garde die Ankunft von Ambulanzen. Aus Seinajoki wird dem gleichen Blatte gemeldet, daß die Weißen Schutzgarden jetzt auch über einen Flieger verfügen. Dem Grafen Mannerheim hätten ungefähr 200 russische Offiziere ihre Dienste angeboten, doch erklärte der General, daß er bei finnischen Regierungstruppen grundsätzlich keine russischen Offiziere anstellen wolle. Sie könnten nur als freiwillige Soldaten im Gliede Verwendung finden.

Nach einem Telegramm aus Wasa an Aftonbladet hat das Bezirkskomitee von Helsingfors alle russischen Truppen aufgefordert, die Roten Garden zu unterstützen. Infolgedessen nehmen ganze Truppenabteilungen am Kampfe teil. Demgegenüber hat General Mannerheim eine Proklamation erlassen, daß für jeden ermordeten Finnen drei Russen hingerichtet werden. Jeder Soldat in Zivil wird als Spion erschossen. In Helsingfors, das völlig von Roten Garden eingeschlossen sei, wurde ein Revolutionsgericht eingesetzt, das die Beamten mit dem Tode bedroht, falls sie ihren Dienst nicht verrichten wollen.

Schweden greift auf Aland ein.

Stockholm, 13. Februar. (Svenska Telegrambyran.) Infolge der Berichte über die Unruhen auf der Insel Aland und die Ueberfahrt schwedischer Untertanen nach Signildskär wird eine Expedition ausgerüstet. Ein großer Eisbrecher geht heute ab.

Die schwedischen Blätter sind voll von Greuelgeschichten aus Aland gefüllt. Sie sagen, daß auf Aland unter den russischen Truppen eine völlige Revolte ausgebrochen sei. Die Soldaten zogen umher und verhafteten jeden mißliebigen Inselbewohner. Sie verwendeten dabei Axthunde, um ihre fliehenden Opfer aufzuspüren. In Mariehamn sollen sie ein entsetzliches Blutbad angerichtet haben. Die 2000 russischen Soldaten, die auf Aland liegen, seien mit Munition und Maschinengewehren versehen, während die Bevölkerung von Aland vollkommen wehrlos sei. Auf den Inseln zwischen Aland und der schwedischen Küste herrsche große Panik.

Schwedens Eingreifen kann große, weittragende Folgen haben.

Neue Versenkungen im Mittelmeere. Berlin, 13. Febr. Durch Vernichtung von 38000 Tonnen ersitt der Transportverkehr unserer Feinde im östlichen Mittelmeer eine empfindliche Einbuße. Es handelte sich hauptsächlich um nach dem Orient bestimmte Transporte. Den Hauptanteil an dem stärksten Gegenwehr zum Trotz erzielten Erfolge hat Kapitänleutnant Sieß. Fünf Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen, zwei davon unmittelbar vor dem Hafen von Alexandrien. Unter den übrigen versenkten Dampfern befand sich das erst 1916 gebaute Motorschiff Glenanoy (7260 Tonnen). Ein Dampfer hatte Baumwolle nach Marseille geladen, die sich aus der Aufschrift zahlreicher an der Untergangsstelle treibender Baumwollballen ergab. An Segelschiffen wurden vernichtet: die englischen Segler Apostolos Andreas und Taxiarchis. (Amtlich.)

Politische Uebersicht.

Der Block hält noch.

Berlin, 14. Februar. Wie die Blätter erfahren, hat gestern wieder eine interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien des Reichstages stattgefunden. Auch diesmal war die nationalliberale Fraktion nicht vertreten, doch meint die Voss. Ztg., wie immer die Nationalliberale Partei sich zur Reichstagsmehrheit stellen werde, diese, d. h. das Zentrum, die Sozialdemokratie und die Fortschrittliche Volkspartei, wollten an ihrer bisherigen gemeinsamen parlamentarischen Taktik festhalten. — Vor allem läßt sich die Scheidemannfraktion „nicht ausschalten".

Die Herrenhaus „reform".

Berlin, 13. Februar. Der Wahlrechtsausschuß des Abgeordnetenhauses beendete heute die erste Lesung der Herrenhausvorlage. Der konservative Antrag, das Herrenhaus zukünftig Erste Kammer zu nennen, wurde angenommen; ferner wurde beschlossen, daß die Vertreter der Privatangestellten im Herrenhause von den Vertrauensmännern der Versicherten bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte präsentiert werden sollen. Angenommen wurde ferner der Antrag, daß die Herrenhausvorlage gleichzeitig mit der Wahlrechtsvorlage in Kraft treten soll.

Der Ausschuß beginnt am Donnerstag mit der ersten Lesung der Abgeordnetenhausvorlage.

Ein Tröpflein Wahlreform in Braunschweig?

Braunschweig, 13. Februar. Der heutige 84. ordentliche Landtag des Herzogtums wurde durch den Staatsminister Wolff mit einer Thronrede eröffnet, in der es heißt:

Von den Ihnen obliegenden Aufgaben kommen als die bedeutsamsten das Gesetz über die Zusammensetzung der Landesversammlung und das dazu gehörige Wahlgesetz in Betracht. Entsprechend der durch den Krieg zutage getretenen Bewährung sollen die Vorlagen unter Berücksichtigung der Eigenart des Herzogtums eine Vertretung aller bedeutsamen Stände bilden, der Gewissenlosen die unangenehme Erfahrung machen, daß während einer Sitzung des Schwurgerichts [illegible] des braunschweigischen Volkes hacheln führen. Demgemäß sollen einerseits die allgemeinen Wahlen fortan sich auf das allgemeine gleiche Wahlrecht der braunschweigischen Staatsangehörigen männlichen Geschlechts gründen, ohne Rücksicht auf Stand oder Einkommen, aber mit dem Erfordernis einer gewissen Dauer des Wohnsitzes im Herzogtum. Das Wahlrecht ist dabei nach wie vor aufgebaut auf der Bildung solcher Wahlkreise, die im wesentlichen eine Einheitlichkeit der öffentlichen Interessen aufweisen. Für die Stadt Braunschweig hat der Grundsatz der Verhältniswahl vorgeschlagen werden können, andererseits aber sind wie zuvor berufsständige Wahlen vorgesehen, wenn auch teilweise in gegenüber anderer Zusammensetzung. Insbesondere sollen fortan Abgeordnete der sich auf das ganze Land erstreckenden öffentlichen Körperschaften der Landwirtschaft, des Handels, des Handwerks und des Arbeitertums berufen werden. Es wird manchem unter Ihnen, meine Herren, nicht leicht werden, einem solchen Wahlrecht zuzustimmen; die Herzogliche Landesregierung vertraut aber darauf, daß jeder unter Ihnen der in der Verfassung festgelegten Pflicht eingedenk ist, als Abgeordneter die Wohlfahrt des Vaterlandes frei von anderen Rücksichten gewissenhaft zu fördern.

Es werden wohl nur die allerreaktionärsten Kreise sein, die diesem kleinen Tröpflein Wahlreform nicht zustimmen. Denn neben dem gleichen Wahlrecht für die allgemeinen Wahlen, das durch lange Aufenthaltsdauer und anderes stark getrübt ist, sollen die berufsständischen Vertretungen beibehalten werden. Das beraubt der Wahlreform den Wert und macht sie für das arbeitende Volk, das sich zur Demokratie und zum Sozialismus bekennt, ungenießbar. Die Einzelheiten können erst besprochen werden, wenn die Vorlage bekannt ist.

Ueber die Finanzen sagt die Thronrede: Es ist möglich gewesen, dem Staatshaushaltsplan für 1918-20 unter Beibehaltung der bisherigen Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungsteuer ohne weitere Steuererhöhung im Gleichgewicht zu halten, obwohl allein die Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen für Staatsbeamte, Lehrer, Geistliche und die sonst Beteiligten eine Mehrausgabe von etwa 3½ Millionen Mark jährlich erfordern.

Kleine politische Nachrichten.

Zum Landesverratsprozeß gegen den Vorwärts teilt der V. mit: Der für gestern, Dienstag, angesetzte Termin im Landesverratsprozeß des außerordentlichen Kriegsgerichts gegen die Genossen Friedrich Stampfer und Erich Kuttner ist aufgehoben worden, weil weitere Ermittlungen notwendig geworden sind.

Die Verbindung Europa — Asien.

Konstantinopel, 12. Februar. Der Bauausschuß der Kammer hat den bereits gemeldeten Gesetzentwurf betr. einen Vertrag mit der Budapester Firma Sigmund über Bohrungen und Vorarbeiten für eine Brücke und einen Tunnel von Europa nach Asien und einen Kredit von 10 Millionen Pfund dafür angenommen.

Zum Absatz von Muttersäften und Fruchtsirupen.

Die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen hat mit Zustimmung des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts Absatzpreise für Muttersäfte und Fruchtsirupe aller Jahrgänge im Reichsanzeiger Nr. 37 veröffentlicht und den Absatz dahin geregelt, daß die bereits im Handel befindlichen Mengen nach weiter abgesetzt werden dürfen, es dagegen zum Absatz der noch beim Hersteller lagernden Säfte besonderer Genehmigung der Kriegsgesellschaft bedarf.

Die Preise im Kleinhandel sind einheitlich und betragen für 1 Kilogramm Brombeer-, Erdbeer-, Himbeer-, Preiselbeer-, Johannisbeer-, Stachelbeer- und Heidelbeersirup in einer Zusammensetzung von 40 Teilen Mutterfaft und 60

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191802 14-16/fragment/page=0002

Teilen Zucker 2,55 Mk., für 1 Kilogramm Himbeer- oder Kirschsirup in einer Zusammensetzung von 35 Teilen Muttersäften und 65 Teilen Zucker 2,45 Mk. Für den Verkauf in Flaschen, die ½ bis 2 Liter enthalten, kann ein Aufschlag bis zu 65 Pf. für die Flasche erhoben werden. Die Erzeugerpreise und die Preise für den Großhandel weisen bei den einzelnen Sorten von Muttersäften und Fruchtsirupen kleine Preisunterschiede auf, die sich aus den Gestehungskosten erklären.

Aus der Provinz.

Laubheugewinnung im — Winter?

Dem B. W. wird geschrieben:

Der Mangel an vollwertigen Futtermitteln, der besonders in diesem Jahre sehr unangenehm in die Erscheinung getreten ist, hat wiederholt in der Kriegszeit Anlaß gegeben, die Frage der Laubheugewinnung in den Vordergrund zu rücken. In sehr beachtenswerter Weise hat insbesondere Professor Zuntz von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin nachgewiesen, welch hoher Eiweißgehalt in einigen Laubarten vorhanden ist und wie wertvoll infolgedessen die Verwendung von Laub in frischem oder getrocknetem Zustand für die Viehhaltung ist. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben deshalb wiederholt sowohl im Kriegsernährungsamt als im Haushaltsausschuß auf die Gewinnung von Laub hier hingewiesen und verlangt, daß insbesondere die Militärverwaltung sich bemüht, die etwas umständlichen Arbeiten bei der Gewinnung von Laub zu übernehmen. Leider ohne Erfolg. Nunmehr hat endlich das Kriegsamt im Preußischen Kriegsministerium folgendes verfügt:

Infolge der schlechten Rauhfutterernte des letzten Sommers droht eine ernste Futterknappheit. Es ist eine dringende Notwendigkeit geworden, auf Laubheu als Ersatzfutter zurückzugreifen. Die Oberste Heeresverwaltung bringt der Laubheugewinnung ein ganz besonderes Interesse entgegen und hat deshalb veranlaßt, daß die Frage raschestens geprüft worden ist; die anderwärts praktisch schon längst verwertete Laubheugewinnung muß in diesem Jahre durchgeführt werden, um die Pferde in den Zeiten voll leistungsfähig zu erhalten, in denen genügend Rauhfutter nicht mehr greifbar sein wird. Das Kriegsamt wird durch seine nachgeordneten Stellen im Einverständnis mit dem Kriegsernährungsamt das Sammeln organisieren lassen."

Jetzt kommt diese Erkenntnis allerdings reichlich spät und zu recht ungelegener Zeit. Wäre die Militärverwaltung dem Rate der sozialdemokratischen Vertreter gefolgt und hätte im Herbst, als man bereits die ungünstigen Ergebnisse einer Futterernte sah, die ihr reichlich zur Verfügung stehenden Kräfte in Gefangenlagern und auch in den Etappen und Garnisonorten für die Laubheugewinnung nutzbar gemacht, so wäre uns eine große Sorge um die Viehhaltung und auch die menschliche Ernährung genommen. Aber es scheint so, als ob bei unserer Volksernährung immer erst in letzter Stunde, wenn es gar nicht anders geht, zu den Hilfsmitteln gegriffen wird, die uns, früher in Angriff genommen, viel wertvollere Dienste geleistet hätten.

Merseburg. Der Verkehr auf der Ueberlandbahn Merseburg—Mücheln, die am 5. Februar eröffnet wurde, hat gleich vom Eröffnungstage an sehr lebhaft eingesetzt. In den ersten fünf Wochentagen wurden 12 872 Personen befördert. Am Sonntag war trotz des halbstündigen Verkehrs mit den recht geräumigen Anhängewagen ständig großer Andrang. An diesem Tage benutzten 6217 Personen die Bahn. Der halbstündige oder vielmehr 35-Minuten-Verkehr und die Beigabe von Anhängen soll auch wochentags, soweit erforderlich, beibehalten werden. Der Fahrplan hierfür wird nach abgeschlossener Ausprobierung veröffentlicht.

— **Die Auszahlung der Kriegs-Familien-Unterstützung** erfolgt in nachstehender Reihenfolge: Freitag, den 15. Februar 1918. Listen-Nr. 1 bis 600 vorm. 8 bis 9 Uhr, 601 bis 800 vorm. 9 bis 10 Uhr, 801 bis 1000 vorm. 10 bis 11 Uhr, 1001 bis 1200 vorm. 11 bis 12 Uhr, 1201 bis 1300 vorm. 12 bis 12½ Uhr. **Sonnabend, den 16. Februar 1918,** Listen-Nr. 1301 bis 1800 vorm. 8 bis 9 Uhr, 1801 bis 2000 vorm. 9 bis 10 Uhr, 2001 bis 2200 vorm. 10 bis 11 Uhr, 2201 bis 2400 vorm. 11 bis 12 Uhr, 2401 bis zum Schluß von 12 bis 12½ Uhr vormittags.

Schleudig. Die Auszahlung der Familien-Unterstützungen für die zweite Hälfte des Monats Februar erfolgt am Sonnabend, dem 16. Februar 1918, vormittags, und zwar: von 8 bis 9 Uhr an Nr. 1 bis 250, von 9 bis 10 Uhr an Nr. 251 bis 500, von 10 bis 11 Uhr an Nr. 501 bis 750, von 11 bis 12 Uhr an Nr. 751 bis 1000.

— 55 Gramm Butter können die Einwohner in der städtischen Butterverkaufsstelle auf Stadtbuttermarke Nr. 15 und auf eine Buttermarke K käuflich erwerben. Auf eine Buttermarke G und auf eine abgestempelte Zusatzfettmarke des Kreises Merseburg werden 50 Gramm Margarine verabfolgt. Die Verkaufsstelle ist geöffnet am: Freitag, dem 15. Februar d. J., vormittags 9 bis 10 Uhr, für die Haushaltungen Nr. 1 bis 208, vormittags 10 bis 11 Uhr für Nr. 209 bis 416, vormittags 11 bis 12 Uhr für Nr. 417 bis 624, nachmittags 2 bis 3 Uhr für Nr. 625 bis 832, nachmittags 3 bis 4 Uhr für Nr. 833 bis 1040; Sonnabend, dem 16. Februar dieses Jahres, vormittags 9 bis 10 Uhr für Nr. 1041 bis 1248, vormittags 10 bis 11 Uhr für Nr. 1249 bis 1456, vormittags 11 bis 12 Uhr für Nr. 1457 bis 1664, nachmittags 2 bis 3 Uhr für Nr. 1665 bis 1872, nachmittags 3 bis 4 Uhr für Nr. 1873 bis 2084 des Ausweisscheines. (Neue Nummer). Der Ausweisschein muß vorgelegt werden.

— Anmeldung der A-B-C-Schützen. Kinder, die am 1. April 1918 schulpflichtig werden und die hiesige Stadtschule besuchen sollen, müssen am Dienstag, den 19. Februar 1918 im hinteren Schulgebäude (Erdgeschoß) von 1—5 Uhr angemeldet werden. Schulpflichtig werden alle Kinder, die in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912 geboren sind. Vorzuzeigen sind: der Impfschein von allen Kindern, der Taufschein von Ostern, die auswärts geboren sind, die standesamtlichen Urkunden von solchen, die nachträglich legitimiert sind, eine ärztliche Bescheinigung von denen, die auf ein Jahr vom Schulbesuch zurückgestellt werden sollen.

Querfurt. Die Auszahlung der Kriegsfamilienunterstützungen für die zweite Hälfte des Monats Februar findet am Sonnabend, dem 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Stadthauptkasse statt. Um schnelle Abfertigung zu ermöglichen, wollen die Inhaber der Ausweiskarten Nr. 1—100 um 3 Uhr, Nr. 101—200 um 3½ Uhr, Nr. 201—300 um 4 Uhr, Nr. 301 und darüber um 4½ Uhr erscheinen.

Eisleben. Gestohlen wurden einer in der Hallischen Straße wohnenden Frau eine goldene Damenuhr aus ihrer Wohnung, einem Fräulein vor einigen Tagen im Theaterlokal ein Jackett im Werte von 60 Mark, zwei Anwohnern der Leuschnerstraße in der Nacht zum 10. d. M. vier Stück Kaninchen aus dem verschlossenen Kaninchenkasten, der auf dem Hofe stand. Die Schlösser waren gewaltsam geöffnet. — Die Täter, die am 5. d. M. nachts einem Landwirte die Kaninchen stahlen, sind in Person zweier nach hier beurlaubter Soldaten festgestellt worden. Beide haben die Tat eingestanden.

Beesenstedt. Diebstähle der Zeit. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag statteten Diebe dem Rittmeister Bernh. Nette einen Besuch ab und schlachteten an der Stelle zwei Schafe ab. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Eilenburg. Die Familienunterstützung für die 2. Hälfte des Monats Februar 1918 werden gezahlt am: Freitag, den 15. Februar 1918, für Nr. 1 bis 75 vorm. 8 bis ½9 Uhr, 76 bis 150 vorm. ½9 bis 9 Uhr, 151 bis 225 vorm. 9 bis ½10 Uhr, 226 bis 300 vorm. ½10 bis 10 Uhr, 301 bis 375 vorm. 10 bis ½11 Uhr, 376 bis 450 vorm. ½11 bis 11 Uhr, 451 bis 525 vorm. 11 bis ½12 Uhr, 526 bis 600 vorm. ½12 bis 12 Uhr, 601 bis 675 vorm. [illegible] 750 vorm. ½1 bis 1 Uhr, Sonnabend, den 16. Februar 1918, für Nr. 751 bis 825 vorm. 8 bis ½9 Uhr, 826 bis 900 vorm. ½9 bis 9 Uhr, 901 bis 975 vorm. 9 bis ½10 Uhr, 976 bis 1050 vorm. ½10 bis 10 Uhr, 1051 bis 1125 vorm. 10 bis ½11 Uhr, 1126 bis 1200 vorm. ½11 bis 11 Uhr, 1201 bis 1275 vorm. 11 bis ½12 Uhr, 1276 bis 1350 vorm. ½12 bis 12 Uhr, 1351 bis 1425 vorm. 12 bis ½1 Uhr, 1426 bis 1500 vorm. ½1 bis 1 Uhr, Montag, den 18. Februar 1918, für Nr. 1501 bis 1575 vorm. 8 bis ½9 Uhr, 1576 bis 1650 vorm. ½9 bis 9 Uhr, 1651 bis 1725 vorm. 9 bis ½10 Uhr, 1726 bis 1800 vorm. ½10 bis 10 Uhr, 1801 bis 1875 vorm. 10 bis ½11 Uhr, 1876 bis 1950 vorm. ½11 bis 11 Uhr, 1951 bis 2025 vorm. 11 bis ½12 Uhr, 2026 bis 2100 vorm. ½12 bis 12 Uhr, 2101 bis 2175 vorm. 12 bis ½1 Uhr, 2176 bis 2250 vorm. ½1 bis 1 Uhr, 2251 bis 2325 nachm. 3 bis ¼4 Uhr, 2326 bis 2400 nachm. ¼4 bis 4 Uhr, 2401 bis Schluß nachm. 4 bis 5 Uhr.

Bitterfeld. Jugendliche Diebe. In den letzten Tagen wurden in den Unterkunftsräumen eines hiesigen Werkes mehrere Einbruchsdiebstähle verübt, wobei die Täter über 70 Schränke gewaltsam erbrochen und beraubt haben. Gestohlen wurden hierbei allerhand Kleidungsstücke, Wäsche, Zwirn, Schwaren, Hüte, Mützen, Handkoffer und dergleichen im Gesamtwerte von zirka 540 Mk. Die Diebe waren in allen Fällen nach Eindrücken der Fenster eingestiegen. Zum Erbrechen der Schränke war ein Meisel benutzt worden. Am Tatorte wurde der Hut eines der beteiligten Diebe vorgefunden. Durch mehrere Zeugen konnte festgestellt werden, daß der Hut dem 17jährigen Arbeiter Karl Gärtner aus Niemegk gehörte, der bald nach seiner Festnahme auch die Mittäterschaft zugab. Bald darauf gelang es, auch die übrigen drei Täter, und zwar den 17jährigen Arbeiter Paul Schmidt aus Jeßnitz, den 14jährigen Fanatz Michalak aus Greppin und den 15jährigen Arbeiter Richard Völker aus Greppin, zu ermitteln und festzunehmen. Die vier jugendlichen Diebe sind im vollen Umfange geständig und dem Amtsgericht hier abgeliefert worden.

Torgau. Geheimschlachtungen von großem Umfange ist man in Torgau auf die Spur gekommen. Nach den Feststellungen sind in einer am Rande der Stadt gelegenen Gastwirtschaft zwei Rinder und ein großes Kalb insgeheim geschlachtet worden. Etwa die Hälfte des Fleisches und die Häute wurden noch beschlagnahmt. Das Fleisch sollte durch Fuhrwerk nach Leipzig geschafft werden, die heimliche Fuhre wurde aber nachts in Taucha bei Leipzig abgefaßt. Der Besitzer des Fuhrwerks, ein Produktenhändler von hier, sowie der Bealeiter, ein früher in Torgau, jetzt in Leipzig lebender Gastwirt, wurden dabei verhaftet. Als Schlächter soll ein Soldat in Betracht kommen. — Weiter wurden in letzter Zeit auch auf dem hiesigen Bahnhofe bzw. den Bahnhöfen des Kreises nach Großstädten bestimmte Fleischwaren usw., die aus Geheimschlachtungen stammten oder unerlaubt verschickt wurden, beschlagnahmt. Sie kommen dem Kommunalverbande zu, der sie dann den Lazaretten überweist.

Dommitzsch. Eine Zeitungskommission ist gewählt worden. Sie besteht aus den Genossen Helbig, Hidmann und Kärgel. Sämtliche Beschwerden in irgendeiner Zeitungsangelegenheit sind an diese Genossen zu richten.

— Unfall beim Fensterputzen. Am Montag nachmittag fiel ein Dienstmädchen im Hotel Roter Hirsch beim Fensterputzen aus dem obersten Stockwerk auf das Pflaster des Bürgersteiges. Es wurde schwerverletzt dem Krankenhause in Torgau zugeführt.

Mückenberg. Was gestohlen wird. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurden aus dem Holzschuppen des Bahnhofswirtes Feichelmann hierselbst von zwei Fahrrädern die Gummibedeckungen gestohlen.

Elsterwerda. Zum Stadtverordneten gewählt wurde bei der Stadtverordneten-Ersatzwahl (3. Abteilung) Former Hugo Vogel. Es waren nur 18 Stimmen abgegeben, wovon 17 auf den Gewählten fielen.

Halberstadt. Das fahrlässige Umgehen mit Handgranaten hat im benachbarten Wehrstedt zu einem erheblichen Unglücksfall geführt. Die im Waschhause beschäftigte Ehefrau Weitsche wollte Holz in der Feuerung nachlegen. Dabei geriet ihr auch eine Handgranate mit ins Feuer, die ihre Kinder mitgebracht und angeblich auf dem Halberstädter Flugplatz gefunden hatten. Die Granate explodierte und Frau W. erlitt erhebliche Verletzungen, so daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Briefkasten der Redaktion.

E. R. Verbrannte, aber noch kenntliche Reichskassen- oder Darlehnskassenscheine werden von der Reichsbank ersetzt. Diese [illegible] es sich gewahrt, das Blut seiner Soldaten für die [illegible] essen der einen Partei gegen die andere zu vergießen — [illegible] hat in Halle a. d. S., Königstraße, [illegible]

F. B. H. Als „Reklamierter" sind Sie [illegible] Kriegsteilnehmer. Sie müssen also die Kündigung der Wohnung annehmen. Daß Sie zu jeder Zeit wieder einherziehen werden können, ändert nichts an der Sache.

Nr. 111. Verstehende Antwort gilt auch für Sie. Die näheren Bedingungen für Ansiedelung in den Ostsee-Provinzen kennen wir nicht.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Aktuelles: Paul Kennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz, Karl Vogt; Anzeigen, Rubrik Service: Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

87]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

„Nein, nein!" rief der Amtmann. „Das verstehst du nicht, so spitzfindig du bist. Gerade dann sind sie am aufgelegtesten, einen einzelnen Beamten als Sündenbock zu massakrieren, um zu beweisen, daß die Schreier unrecht haben."

„Da würd' ich doch zuerst trachten, mich mit dem Vogt in eine bessere entente zu setzen," sagte sie. „Ein Vorgesetzter behält gar zu leicht das letzte Wort. Ich kann ihn durchschauen und gebe dir völlig recht: hinter dem ganzen bruit von Regieren und Ordonnieren steckt nichts als die Angst vor diesem Teufelsbraten, dem Sonnenwirtle. Es ist ihm nicht wohl, so lange er seine Chloe in Verwahrung hat."

„So soll er sie ins Henkers Namen laufen lassen!" polterte der Amtmann, der in seinem Aerger sich nicht bewußt war, wie sehr dieser Rat seiner kaum zuvor ausgesprochenen Besorgnis widersprach. „Wenn ich vorausgesehen hätte," seufzte er dann, „daß mir die Vereitelung dieser einfältigen Heirat solch maßlose und zahllose Unkommoditäten zuziehen würde, ich hätte selbst den Brautführer oder wenigstens den Vermittler beim Sonnenwirt gemacht. Vielleicht wäre der Butsche doch noch eingeschlagen."

„Sie würden nie futeinander gepaßt haben," versetzte die Amtmannin mit entschiedenem Tone. „Sie ist zu schwierfällig für ihn, und hoch hinaus hält er jedenfalls immer gewollt."

„Wenn es's nur schon zu hoch gebracht hätte, wie ich's ihm wünschte!" seufzte der Amtmann.

„Bei alledem," fuhr die Amtmännin fort, „hat die unüberwindliche Anhänglichkeit an diese Person, die eigentlich das Unglück seines Lebens ist, etwas Chevaleresches. Ich muß oft denken: Schade um den Menschen! Unter anderen Umständen würde vielleicht etwas Importantes aus ihm geworden sein. Gestehen wir uns nur: ein Butsche, der einen ganzen Flecken samt Amtmann und Vogt im Schach hält, der sich nicht bloß in der Nacht, sondern am hellen Tag, wenn's ihn konveniert, im feindlichen Lager blicken läßt, in die Wirtshäuser sitzt und allen aufgewendeten Maßregeln zum Hohne in keine Schlinge geht, der ist kein gewöhnlicher Mensch, der hat etwas von einem coeur de lion an sich."

„Wenn meine Frau Gemahlin jünger wäre," bemerkte der Amtmann heiszend, „so könnte mich nahezu der Argwohn befallen, sie wünschte seine Christine zu werden, damit dann zwei hochstrebende Geister beieinander wären. Falls du übrigens Lust hast, den Löwen in seiner Höhle zu besuchen, so will ich nicht eifersüchtig sein, andererseits aber auch keine Verantwortung übernehmen."

„Es fragt sich, ob die Gefahr so groß wäre," erwiderte sie scheuend.

Man hörte einen Hufschlag, und bald darauf trat der Amtsknecht in das Zimmer und übergab ein Schreiben mit den Worten: „Von Göppingen durch Expressen."

„Schon wieder!" seufzte der Amtmann verzweiflungsvoll. Er erbrach das Siegel und las seiner Frau, nachdem der Diener sich entfernt hatte, das amtliche Schreiben vor: „Wohledler, insonders" „et caetera". „Da ich vernemme, daß der Erzhösewicht Schwan immerhin um Ebersbach herumschwärme und den Flecken in Sorgen und Aengsten setze, als wolle der Herr Amtmann, um einen Versuch zu machen, ob er nicht durch Finessen wieder zur Hand zu bringen, dessen Vater, den Sonnenwirt" — „endlich schreibt er doch einmal den richtigen Titel" — „auf den Abend zu sich berufen und ihm in der Stille die Anleitung geben, daß er des Nachts die alte Mütterlein zu sich in ein besonderes Zimmer kommen lassen und simulieren solle, als waren er aus großer Angst sich resolviert, seinem Sohn die versprochene vierhundert Gulden, und zwar zweihundert Gulden bar, zweihundert aber, wenn er in Pennsylvanien wirklich angekommen, zu geben, ihro auch wirklich, um es ihm zu bringen, etlich Gulden behändigen, und täglich heimlich vor die Kinder essende Waren zu schicken, und mit dem Geld guldenweis zu geben, um ihn sicher und in die Wirtshäuser der Nachbarschaft schwärmend und ihne vollsaufend zu machen, kontinuieren solle, was sich aber so ein als andernfalls von Zeit zu Zeit darauf ergebe, um die Messures" — beide lachten — „darnach nemmen zu können, dem Herrn Amtmann zu hinterbringen. Sollte durch diesen Modum der Böswicht nicht zur Hand gebracht werden können, werde ich inzwischen auf etwas anderes raffinieren" — „raffinier' du und der Teufel!" bemerkte der Amtmann — „und nicht nachlassen, bis ich dessen habhaft geworden. Unterdessen ist alles möglichst geheim zu halten. Mit göttlichen Schutzes Erlassung verharrend" „et caetera".

„Das Raffinement ist übrigens doch nicht so gänzlich aus der Luft gegriffen," bemerkte die Amtmännin, welche aufmerksam zugehört hatte. „Und zwar könnten wir vielleicht noch einen Schritt weitergehen. Daß er seine Kinder bei der Großmutter fleißig besucht, obgleich es bis jetzt nicht gelungen ist, ihn daselbst aufzuheben, darüber kann nach seinem ganzen Temperament und Charakter kein Zweifel sein. Nun käme es nur darauf an, ob man nicht das alte Muster, statt sie durch einen zweifelhaften Versuch mißtrauisch zu machen, ins Komplott ziehen sollte."

„Meinst du?" fragte der Amtmann überrascht.

„Natürlich müßte man das sehr referiert zu Werke gehen. Wenn es aber gelänge, so dürften der Herr Vogt und Expeditionsrat alle ihre erlassenen Nasen wieder einziehen, und sollte ihnen dero hohes Haupt darüber zu einem Gebirg' anschwellen. Ueber die Hauptfrage kann vielleicht am besten der Schwanenwirt, wie der gestrenge Herr sich sonst auszudrücken beliebt, Auskunft geben."

„So sende nach ihm."

„Auf den Abend.""

Während sie sprach, klopfte es schüchtern an die Türe. „Herein!" rief der Amtmann gebieterisch im Gefühl seiner Amtswürde und der erlittenen Störung. „Ah!" sagte er, als die Türe aufging, „wenn man den Teufel an die Wand malt, so erscheint er auch sofort."

Der Eintretende sah aber keinem Teufel, oder wenigstens, wenn das Bild auf ihn passen sollte, einem armen Teufel ähnlich, nicht nach seiner äußeren Erscheinung, denn diese zeigte den wohlhabenden Bürger und Meister, wohl aber nach seinem niedergeschlagenen, sorgen- und kummervollen Aussehen. Es war niemand anders als der Sonnenwirt selbst. Er war all grau, dünnhaarig und gegen seine Oberen womöglich noch demütiger geworden. „Wenn's der Herr Amtmann nicht ungütig nehmen," begann er nach einer tiefen Verbeugung und angelegentlicher Erkundigung nach dem beiderseitigen Wohlbefinden, „so hätte ich eine Beschwerde wider den Kreuzwirt anzubringen. Es ist doch arg, wenn sich ein rechtschaffener Bürgersmann von seinem Mitburger und Mitmeister so unrechte und ungebührliche Sachen sagen lassen soll, wie der Kreuzwirt in dem Brief da schreibt."

Der Amtmann überflog den Brief, den ihm der Sonnenwirt reichte, und las halblaut murmelnd einzelne Stellen ab: „„Es will hiermit Unterzogener gegen den Sonnenwirt Schwanen nicht allein seine Grausamkeit erinnern, die er vor etlichen Jahren durch seinen eigenen Sohn an meiner Person ausüben lassen." — Das alte Lied!" bemerkte der Amtmann dazwischen.

„Er behauptet immer, er sei damals zum Krüppel geschlagen worden," sagte der Sonnenwirt, „und es ist doch alles nicht wahr."

„„Solch gottlos Anstiften"," las der Amtmann weiter, „„legt sich desto glaublicker wirklich an Tag, da der Vater aus einer sonderbaren Rachsier mich noch obligieren will, Post zu reiten, da ihme doch bekannt, daß ich weder mir noch den Meinigen etwas zum Nutzen schaffen kann, so sucht er dannoch mir aufzubürden, was er zu tun schuldig. Es ist bekannt, daß nicht allein die Metzger wegen seines übel ergozenen Sohnes viele Posten prätieren müssen, sondern auch neben diesem müßte die ganze Bürgerschaft wegen einer solchen schönen Frucht nicht allein fatigieret werden, sondern auch noch großen Schaden leiden. Der Schwan hat inwerdar nach einer Post getrachtet — — — jetzt hat er das Posterreiten, aber nicht nach seinem Sinn — — — eigennützige Konzessionen im Metzgerhandwerk — — durch Geld und Arglist seinen Mitmeistern das Brot aus dem Mund genommen" — . Ein unverschämter Kaluminiant!" unterbrach sich der Amtmann, „was die Obrigkeit anordnet, das soll ihr durch Geld und Arglist abgedrungen worden sein?"

„Das murmelt er beständig an alle Nachkarn hin, wie mir erzählt worden ist," sagte der Sonnenwirt.

„„Dieses Postiritpräsieren,"" las der Amtmann weiter, „„zeugt von seines Herzens heimlicher Bosheit; der Sohn zeugt vom Vater; da dieser damals im Beisein meiner sagen dörfen, sein Sohn habe wir recht getan, so möchte ich nun wissen, ob er auch recht getan, da er vor etlichen Jahren seines Vaters Haus besiegen, sich noch rühmen, wie künstlich und geschickt er wäre, jedoch ein schlechtes Jubiläum von den Zuschauern erhielte, sondern den männiglich als ein erschreckliches Exempel angesehen wurde" — und so weiter. Dummes Zeug! Ich werde den Briefschreiber für seine unverständigen Lästerworte um einen kleinen Frevel strafen. Ist er damit zufrieden?"

„Aufzuwarten, Herr Amtmann, ich sag' meinen gehorsamen Dank," antwortete der Sonnenwirt und verbeugte sich.

„Hat Er ihn denn zum Reiten beordert?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191802 14-16/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 8/8 Uhr. 3907

Täglich mit grösstem Erfolg.

„Pst! Pst!"

Burleske-Operette von **Leonhard Haskel.**

Musik von **Paul Lincke.**

Kasse 10—1¼ und 4—6 Uhr.

Neue Kapelle! Neue Kapelle!

Konzerthaus „Oberpollinger".

Ecke Gr. Ulrichstrasse. Jägergasse 1.

Täglich: **Konzert** des **Damen-Streichorchesters „Haustein".**

3746 8 jun. schneidige Damen!

Um regen Zuspruch bittet Frau **Elsa Doth.**

3794 **Achtung!** Neu! Neu!

Altenburger Hof.

Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.

Täglich: **Gr. Konzert der Hauskapelle.**

Um regen Zuspruch bittet Frau **F. Kampe.**

Solange Vorrat reicht,

um damit ich räume, Hauterem „Sanicura", gr. Tuben, erstkl. fettg. Qualität, sonstiger Preis 2.00 Mark. **Schwanen-Drogerie.** Verkauf: Lagerräume Gr. Brauhausstraße 9, 9—12 vorm., 3—5 nachm. *2046

Per Tube 1.50,

Zahn-Atelier Frau v. Schulz

Sprechstunde v. 9—6 Uhr abends.

Steinweg 52. 3418

Verkauf von kleinen grünen Heringen.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag früh in den einschlägigen bekannten Geschäften. Für jede Person eines Haushalts kann zirka ein halbes Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 65 Pfg. für das Pfund. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugschein Nr. 13, Abschnitt 187. Zugelassen zum Einkauf sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1—8000. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 137 des Warenbezugscheines 18 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadtternährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden nach der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 14. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Lehrmeister-Bibliothek.

Eine Sammlung praktischer Anleitungen für alle möglichen Bedürfnisse des täglichen Lebens.

Preis pro Nummer 30 Pfg. (5 Pfg. Porto).

Aus dem reichen Inhalte sei nur einiges erwähnt:

Für Garten- und Obstfreunde und Gartenliebhaber. Etwa 50 Nummern.
Für Landwirtschaft, Bienen- und Fischzucht. Etwa 50 Nummern.
Für den praktischen Haushalt. Etwa 45 Nummern.
Für Geflügel- und Singvögelfreunde. Etwa 40 Nummern.
Für geistig Vorwärtsstrebende. Etwa 50 Nummern.
Für Sport und Spiele. Etwa 60 Nummern.
Für praktische häusliche Beschäftigung und Basteln. Etwa 80 Nummern.
Für Jagd, Hunde und Angelsport. Etwa 20 Nummern.

Bei Bedarf verlange man Schriften-Verzeichnisse gratis.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Apollo-Theater.

Gastspiel Max Walden-Gesellschaft.

Heute und folgende Tage, abends 7/8 Uhr:

Der dumme August.

Operette i. 3 Akten von Dr. Decker u. R. Pohl. Musik v. Rudi Stoller.

1. Akt: **Eine feine Familie.**
2. Akt: **Hoch hinaus.**
3. Akt: **Zirkus Prestalde.**

Sonntag, 17. Februar, nachmittags 3½ Uhr: **Jugend- u. Familien-Vorstellung.**

Auf vielseitiges Wunsch nochmalige Aufführung von

„Der fidele Bauer".

Operette i. 1 Vorspiel u. 2 Akten von V. Leon. Musik von L. Fall.

Vorverkauf für 8 Tage vorans. täglich 9—1 und 5—½7 Uhr.

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Nur noch heute!

Alte Promenade 11a Fernruf 5738.

U.T.

Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1224. 3909

Das Tagebuch des Dr. Hart.
Film in einem Vorspiel und 3 Akten.
Von **Hans Brennert.**

Der Blusenkönig
mit **Ernst Lubitsch.**
Lustspiel in 3 Akten.

Gunnar Tolnaes
der Darsteller des **Maharadscha**
in:
Der Mann ohne Gnade.
Drama in 3 Akten.

Ossi Oswalda in:
Wenn 4 dasselbe tun.
Lustspiel in 3 Akten.

Ab Freitag, den 15. Februar:

Alte Promenade 11a Fernruf 5738.

U.T.

Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1224.

Der Sultan von Johore.
Spannendes Filmwerk
in 5 Akten.
3909

Viggo Larsen in
Die Kunst zu heiraten.
Possen-Spiel in 3 Akten.

Waldemar Psilander
in:
Der Tote am Steuer.
Drama in 3 Akten.

Die Nichte aus Amerika
Lustspiel in 3 Akten.

Stadt-Theater Halle

Freitag, den 15. Februar 1918:

Die Braut von Messina
oder 3901
Die feindlichen Brüder.
Trauerspiel in fünf Aufzügen von Friedrich von Schiller.

Sonnabend, 16. Februar 1918.
La Serva Pad ona.
Der zerbrochene Krug.

Thalia-Theater.

Gastspiel d. Stadttheater-Personals

Sonntag, den 17. Februar 1918,
3902 abends 7½ Uhr:

Das Konzert.

Lustspiel von Bahr.

„Nun kann ich drauflos marschieren!" mit einer

Platt-, Senk- oder Hohlfuss-Einlage

von 3417

C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

Moden-Zeitungen
in großer Auswahl.
Volksbuchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Kragen, Krawatten, Hemden, Hosenträger, Mützen, Kostümröcke, Blusen, Kindermäntel 3785
gegen **bar** oder erleichterte Zahlungsweise.
Fr. Gronau,
— Barfüsserstrasse 16. —

Drechsler-Drehbank,
Schleifstein und Holzbank,
auch einige Wirtschaftsgegenstände zu verkaufen. 3906
Eichendorfstr. 20, III l. b. Wegewitz.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt **die Volksbuchhandlung.**

Schulbücher aller Art

Tafeln, Schiefer, Federkästen, Biele, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister usw.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Bio. 3908

Gr. Ulrichstr. 57.

Ab Mittwoch: 3896

Die

Zirkuskönigin.

Sensationsdrama aus dem Leben eines Zirkuskindes. Aeusserst spannende Handlung mit kriminalistischem Einschlag.

Verkauf von gebraucht. **Möbeln, Büfetschofas, Bettstellen m. Matratzen** (sehr gut erhalt.) von 3899
E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12 p.

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandl.**

Schnell-Schönschreiben
von jedermann i. wenigen Stunden **ohne Lehrer zu erlernen.**
Preis 1 Mk.
Volksbuchhandlung.

Der städtische Verkauf von Gemüsekonserven

[illegible] wird nur noch am Freitag den 15. und Sonnabend den 16. Februar 1918 in der Talamtschule zu den festgesetzten Höchstpreisen für diejenigen Haushalte fortgesetzt, welche die Konserven noch nicht geholt haben. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1—24 500 am Freitag, vormittags von 8½—12 Uhr, und 24 501—49 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 49 001—70 000 werden am Sonnabend von 8½—1 Uhr zum Einkauf zugelassen. Abgegeben werden die Gemüsekonserven gegen Entgegennahme des Abschnittes 130 des Warenbezugscheines 12. Jeder Abschnitt berechtigt zum Bezuge von 1 Pfd. Konserven.

Kleines Geld, besonders Kupfergeld, ist mitzubringen!

Halle, den 14. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Quark.

Am Freitag, dem 15. d. M., wird der Verkauf von Quark an folgenden Stellen fortgesetzt: Kaufmann Paul Creuzmann, Talstraße 2, Kaufmann Otto Brand, Trotbaer Straße 58, Milchhändler Berghold, Trotbaer Straße 4, Milchhändler Ende, Delitzscher Straße 10, Milchhändler Schönherr, Grünstraße 12.

Zum Einkauf werden die Haushaltungen mit den Lebensmittelscheinen Nr. 63 001 bis 70 000 zugelassen. Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre werden 200 Gramm Quark zum Preise von 25 Pf. auf den Abschnitt 1 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Gefäße sind mitzubringen.

Halle, den 14. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag, den 15., Sonnabend, den 16., und Montag, den 18. Februar 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangende **Marmelade** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 14. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Ausgabe neuer Grudebezugscheine.

1. In der Woche vom 18. bis 23. d. M., werden in den zuständigen Brotmarken-Ausgabestellen neue Grudebezugscheine ausgegeben. Die Aushändigung erfolgt an denjenigen Tagen, an denen die betreffenden Haushaltungen zum Abholen der Brotmarken berechtigt sind.
2. Der Stamm (mittlerer Teil) des Grudebezugscheines Nr. 3 gilt als Ausweis zur Empfangnahme des Bezugscheines Nr. 4.
3. Für die Zeit vom 25. Februar bis 23. März d. J. gelten vom Bezugschein Nr. 4 die Abschnitte Nr. 1 bis 8. Die Abschnitte vom Bezugschein Nr. 3 verlieren mit dem 24. d. M. ihre Gültigkeit.
4. Die Händler sind verpflichtet, an jedem Montag die Abschnitte, auf welche in der vorhergehenden Woche Grudekoks geliefert worden ist, an die Ortskohlenstelle abzugeben.
5. Diese Bestimmung gilt als Ergänzung unserer Verordnung vom 28. April und 8. September d. J. Zuwiderhandlungen unterliegen den darin enthaltenen Strafbestimmungen (Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark).

Halle, den 12. Februar 1918. **Die Ortskohlenstelle.**

Irrigateure
Spül-Apparate,
Verband-Watte,
Bett-Unterlagen,
Gummi-Schläuche
sowie
sämtliche Bedarfs-Artikel
für
Wöchnerinnen
in großer Auswahl **billigst.**
Ferner
Baby-Wagen
zum Wiegen (auch leihweise).
Kranken-Fahrstühle.

2595 **Hugo Nehab**
Nachf.,
3 Gr. Ulrichstraße 3.
Marktnähe.
Auf Firma u. Hausnummer
bitte genau zu achten!

Prinzess-Theater

Schmeerstr. 5. Schmeerstr. 5.

Programm: Freitag bis Montag.

3908

Eröffnungs-Programm:

Hass u. Liebe.

Grosses Detektiv-Drama in 5 Akten mit **L. Trautmann.**

Harry Lietke u. Walter Steinbeck
in:

Die Söhne des Grafen Steinfels.

Wenn zwei Hochzeit machen.

Lustspiel in 3 Akten mit **Hugo Flink** und **Albert Paulig.**

Drei Erstaufführungen für Halle.

Trockene, heizbare Räume,

zu **Wohn-, Werkstatt-** und **Lagerzwecken** sich eignend, sind **sofort zu vermieten.** 3910

Näheres bei **Herrn Annecke, Steinweg 13 p.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180214-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 14. Februar 1918.

Weitere vier Millionen städtische Kriegsausgaben!

Der grauenhafte Krieg, der alle Mächte der Zerstörung, Zersetzung und Auflösung furchtbar und schrankenlos entfesselt hat, wirdet auch den Städten und Gemeinden geradezu ungeheuerliche finanzielle Opfer und Lasten auf. Milliarden über Milliarden mußten auch die Städte und Gemeinden seinen Zwecken bisher schon opfern, und nach immer neuen Milliarden lechzt er gierig.

Die Stadt Halle hat von Beginn des Krieges bis jetzt für unmittelbare und mittelbare Kriegsleistungen als da sind: Unterstützungen der Kriegerfamilien, Unterhaltung von Krankenhäusern und Lazaretten, Ausgabe für Lebensmittelbeschaffung für die Bevölkerung und dergleichen mehr — bereits über 22 Millionen Mark aufbringen müssen. Die letzten erst im August vorigen Jahres bewilligten vier Millionen Kriegsausgaben sind schon längst wieder aufgebraucht, so daß sich der Magistrat wohl oder übel gezwungen sieht, **von den Stadtverordneten die Bewilligung von weiteren vier Millionen zu fordern.** Er ersucht die Stadtverordneten weiter um die Ermächtigung, „den jeweiligen Bedarf durch Aufnahme schwebender Schulden zu beschaffen."

Mit der Vorlage wird sich die für heute einberufene außerordentliche Stadtverordnetenversammlung befassen. Nach der der Magistratsvorlage beigefügten Aufstellung beziffert sich seit Kriegsbeginn die Ist-Ausgabe nach Abzug der schon erstatteten und zurückvereinnahmten Beträge bis Ende Oktober 1917 auf 24 962 534,13 Mark. Davon haben jedoch noch nicht als endgültig verausgabt zu gelten: der Verkaufswert der Nahrungsmittelvorräte rund einer Million Mark; die zinslichen Vorlage, über die staatliche Anerkenntnisse vorliegen (6973 Mark); der Teil der gemeindlichen Zuschüsse zu den reichsgesetzlichen Familien-Unterstützungen, dessen Erstattung aus Reichs- und Staatsmitteln zu erwarten und für August-Oktober mit 1 107 441 Mark anzusetzen ist; die vom Reiche gewährte und inzwischen gezahlte weitere Abschlagszahlung auf die Mindestsätze der Familienunterstützungen (738 000 Mark). Das ergibt zusammen 2 853 414 Mark. Es bleibt daher **eine Ausgabe von 22 109 120,13 Mark,** einschließlich der noch nicht erstatteten, für Rechnung des Reichs gezahlten 10 844 910,47 Mark Familien-Unterstützungen. Da bisher 22 Millionen Mark bewilligt worden sind, macht sich die Bereitstellung weiterer Mittel erforderlich." Ein Auszug aus der Kriegsrechnung bis Ende Oktober 1917 ergibt an einzelnen reinen Ausgaben u. a.: Fürsorge für die Familien der zum Heer eingezogenen Mitbürger für Rechnung des Reichs: 10 844 910 Mark. Desgleichen für Rechnung der Stadt: 6 503 668 Mk.

Fortzahlung eines Teiles der Gehälter und Löhne an die Familien der im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter der städtischen Verwaltung: 638 446 Mark.

Zur Erhöhung der Armenunterstützungen: 370 248 Mark.

Ausstattung und Unterhaltung von Krankenhäusern für Zivilpersonen und von Lazaretten für Militärpersonen: 88 227 Mark.

Rechnung des Reichs auf: 550 000 Mark; desgleichen für Rechnung der Stadt auf: 160 000 Mark; für Fortzahlung eines Teiles der Gehälter und Löhne an die Familien der im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter der städtischen Verwaltung auf: 9000 Mark; zur Erhöhung der Armenunterstützungen auf: 3500 Mark; für Kosten der Stellvertretungen in der städtischen Verwaltung auf: 35 000 Mark; für Teuerungszulagen auf 70 000 Mark und für Kriegsbeihilfen auf 37 500 Mark. — Eine Reihe anderer Einzelheiten der Kriegsrechnung übergehen wir.

Die neue Viermillionenforderung des Magistrats wird natürlich als „zwingende Kriegsnotwendigkeit", von den Stadtverordneten mit der gleichen Selbstverständlichkeit bewilligt werden, mit der sie die anderen 22 Millionen bewilligten — bewilligen mußten. Denn wer sich in die Gewalt des Krieges begibt, der ist naturgemäß auch seinen Forderungen und „Gesetzen" unterworfen. —

Die Abmagerung.

In der Volkshygienegesellschaft in Dresden hielt der dortige Stadtarzt Dr. Dienemann einen Vortrag über die Abmagerung. Bei dieser handelt es sich, so führte der Redner aus, um eine Aufzehrung des in Friedenszeiten aufgespeicherten Vorratsfettes, durch die der Körper das Stoffwechselgleichgewicht wiederherzustellen sucht. Die Abmagerung wird zum Nachteil, wenn das Gewicht unter die der Körpergröße und dem Alter entsprechende Norm sinkt. Ermüdbarkeit zeigt an, daß die Umsetzungsvorgänge im Körper nicht im Verhältnis zu den zugemuteten Leistungen stehen. Gegen diese Erscheinung muß man sich schützen und seine Tätigkeit dementsprechend einschränken, ehe Schwäche dazu zwingt. Dies kann man durch zeitiges Schlafengehen, Mittagsruhe, Ersparung unnötiger Anstrengung, warme Kleidung usw. Die menschlichen Reservestoffe sind vielfach bereits aufgezehrt, und besonders der Kartoffelmangel hat Symptome gezeitigt, die wir aus Schilderungen aus früheren Zeiten als Begleiterscheinung des Hungers kennen. Hierher gehören auch die öfter als sonst auftretenden Darmkrankheiten. Durch Streckung, vermehrten Anbau von Nahrungsmitteln, Sammlung von Kernen usw. kann die Menge unserer Ernährstoffe erhöht werden. Besonders befürwortete der Redner vermehrten Anbau der Kartoffel und Zuckerrübe, verbesserte Aufbewahrung und Trockenanlagen. Eine halbwegs genügende Ernährung der Menschen in Deutschland ist allerdings nur auf Kosten der Viehhaltung durchzuführen. Früher betrug der Friedensbedarf des deutschen Volkes täglich pro Kopf 3510 Kalorien, jetzt werden wir uns mit 2100 bescheiden müssen, was von Rubners Kalorienzahl nicht erheblich abweicht. Ein Ausgleich wird aber dadurch geboten, daß Kinder, Greise und Kranke nicht der Durchschnittsmenge der anderen Menschen bedürfen. Der Redner ging näher auf die Krankenbeköstigung und die Massenspeisung ein, und sprach sich gegen eine Zwangsmassenspeisung aus, wenn er sie auch unter gewissen Umständen für nicht unvorteilhaft hält. Abgesehen von Einzelerscheinungen, ist, nach seiner Meinung, die Volksgesundheit nicht so geschädigt, wie viele glauben, wir brauchen daher nicht mit Besorgnis in die Zukunft zu blicken, wenn auch eine Verbesserung unserer Ernährung dringend geboten ist.

Die Ratschläge, die der Herr Doktor gegen die Wirkungen der Entkräftung erteilt, sind sehr einleuchtend. Sie haben nur den einen Mangel, daß sie für die arbeitende Bevölkerung nicht anwendbar sind. Denn sie kann nicht möglichst lange schlafen, von Mittagsruhe ganz zu schweigen. Im Gegen-[illegible] Staatssekretär v. Kühlmann [illegible] jetzt [illegible] Ausführung der Rechtslage, wie sie Herrn v. Kühlmann nach der Trotzkischen Erklärung vorgetragen habe, auch bei den Beratungen im Großen Hauptquartier geteilt wurde, und, wenn dies geschehen, welche Folgerungen dort aus ihr gezogen wurden, werde der Fortgang der Ereignisse sehr bald erkennen lassen.

[illegible] über die Frage [illegible] Gebiete [illegible] und [illegible] historisch entstandenen Grenzlinien einen verständigen Mittelweg zu finden.

Herr Trotzki erklärte sich mit dem Zusammentritt einer militärtechnischen Kommission zur Prüfung der Grenzlinie einverstanden.

Staatssekretär v. Kühlmann betonte, es sei unbedingt nötig, bis zu der für den folgenden Tag anzuberaumenden Sitzung Klarheit zu schaffen. Es handle sich jetzt darum, Entschlüsse zu fassen. Von dem Wunsche der Beschleunigung der Verhandlungen geleitet, wolle er eine neue Fassung vorschlagen, die unter Umständen den zweiten Artikel des zu vereinbarenden Friedensvertrages bilden könnte. Diese laute: **„Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten:** Die Gebiete **zwischen den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und einer Linie, die ..... verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Kaiserreiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Das künftige Schicksal dieser Gebiete wird in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden, und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, die Deutschland oder Oesterreich-Ungarn mit ihnen treffen werden."**

Im Zusammenhange hiermit wolle er noch bemerken, daß der wesentliche Inhalt des Art. 1 des ersten Vorschlags für den Vierbund eine conditio sine qua non (unerläßliche Bedingung) des Friedensschlusses sei. Es handle sich darum, daß die Räumung gewisser Gebiete durch die Mittelmächte zugesagt worden sei unter der Bedingung, daß die Räumung der Gebiete ihrer Verbündeten gleichzeitig stattfinde. Damals sei als Zeitpunkt, von welchem an für die Mittelmächte die Räumungsverpflichtung beginnen würde, das Ende der russischen Demobilisierung in Aussicht genommen worden. Er stehe nicht an, zu erklären, daß die Mittelmächte hinsichtlich dieses Zeitpunktes zu Konzessionen bereit wären, müsse aber wiederholen, daß ein Friedensschluß, in welchem die Aufsicherung der Räumung der verbündeten Gebiete durch die Truppen der Petersburger Regierung nicht enthalten sei, nicht in Frage käme. Nach früheren Mitteilungen des Herrn Volkskommissars glaube er nicht daran zweifeln zu sollen, daß die russischen Truppen in den besetzten türkischen Gebieten, an die er in erster Linie denke, dem Befehl der Petersburger Regierung unterständen.

Bezüglich der Alandsfrage müsse er erklären, daß der Friedensschluß Deutschland als Minimum das an Rechten wieder einräumen müsse, was Deutschland vertragsmäßig bei Kriegsausbruch genossen habe. Er wolle aber nicht unterlassen, auch bei der Geneenheit auf die lebhaften Wünsche des schwedischen Volkes hinzuweisen, welches aus geographischen und ethnographischen Gründen an diesen Inseln ein vitales Interesse habe.

Herr Trotzki entgegnete, ebenso wie Rußland jetzt seine Truppen aus Persien zurückziehe, werde es sie auch aus dem türkischen Gebiet zurückziehen. Es sei selbstverständlich, daß dies in der klarsten und bestimmtesten Form in einem etwaigen Vertrage mit der Türkei zum Ausdruck kommen werde. Was die Frage der Alandsinseln betreffe, so sei es ihm nicht ganz klar, von welchem Minimum der Rechte der Herr Staatssekretär gesprochen habe.

Staatssekretär v. Kühlmann entgegnete, er habe bezüglich der Alandsfrage den Ausdruck „Minimum" gebraucht zur Bezeichnung dessen, was er als eine deutsche Forderung ansehe. Wenn man ihn frage, an welches Maximum er dabei gedacht habe, so sei dies die Maßregel, auf die er schon früher mehrfach angespielt habe, nämlich unter Beteiligung der der Ostsee anliegenden Völkerschaften diese Inseln im breitesten Sinne zu neutralisieren. Um ganz klar zu sein: das erste sei eine Forderung, das zweite eine Anregung.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Der Bericht über die Schlußsitzungen

in Brest-Litowsk, wie er von W. T. B. gegeben wird, besagt:

Die Sitzung der Kommission vom 9. Februar leitete Staatssekretär von Kühlmann damit ein, daß er die in Aussicht gestellte zusammenfassende Darlegung über das Ergebnis der bisherigen Besprechungen gab. Ohne auf alle Einzelheiten einzugehen, stellte der Staatssekretär fest, daß eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte auch durch die sehr eingehenden Debatten nicht habe erzielt werden können. Er persönlich habe nicht den Eindruck, als ob eine weitere Erörterung auf der bisher von beiden Parteien eingenommenen Grundlage einen günstigeren Erfolg versprechen könnte, als bisher die Verhandlungen gehabt hätten. Es ergebe sich ohne weiteres aus der ganzen Sachlage, daß eine unumschränkte Ausdehnung von Verhandlungen, die keine Aussicht auf Erfolg versprächen, nicht ins Auge gefaßt werden könnte. Wenn er heute nochmals das gesamte Problem zur Besprechung stelle, so geschehe es in der Absicht ausfindig zu machen, wo sich etwa noch ein Weg der Verständigung finden lasse.

Minister des Äußern Graf Czernin führte hierauf aus: Seit Wochen beschäftigte man sich mit einer unfruchtbaren Erörterung darüber, wie gewisse territoriale Veränderungen an der russischen Westgrenze zu qualifizieren seien. Er schlage deshalb vor, die Frage offen zu lassen, wie die geplanten Veränderungen aufzufassen seien, und ohne diese Frage zu berühren, festzustellen, ob die Gestaltung dieser Veränderungen tatsächlich dem Abschluß eines Friedens Hindernisse in den Weg legen würde oder nicht.

Herr Trotzki entgegnete: Vom russischen Standpunkte sei die Anwendung, welche die Gegenpartei dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geben wolle, gleichbedeutend mit der Ablehnung dieses Grundsatzes; infolgedessen sei die Erörterung auf der Grundlage dieses Prinzips allerdings hoffnungslos gewesen. Wenn er sich der Frage nach der Bedeutung der gemäß den Vorschlägen der Gegenpartei für Rußland vorgesehenen neuen Westgrenze zuwende, so müsse er darauf hinweisen, daß die geplante neue Grenzführung vom Gesichtspunkte militärischer und strategischer Rücksichten beurteilt werden müsse. Das müsse er den militärischen Beiräten der Delegation überlassen. Es sei aber jetzt eine neue Schwierigkeit entstanden durch die Stellungnahme des Vierbundes gegenüber der Ukraine. Die ukrainische Volksrepublik sei vom Vierbunde anerkannt worden, ja wie er höre, hätten die Vierbundvertreter mit den Bevollmächtigten der Kiewer Rada einen Friedensvertrag unterzeichnet, in welchem angeblich auch die Abgrenzung des ukrainischen Gebietes behandelt sei. Der Redner protestierte in eingehenden Darlegungen gegen dieses Vorgehen der Mächte des Vierbundes und bemerkte unter anderem, diese Handlungsweise müsse Zweifel hervorrufen, ob die Mittelmächte zu einer Verständigung mit der Regierung des föderativen Rußlands gelangen wollten, er erkläre deshalb, daß der angeblich unterzeichnete Vertrag mit der Kiewer Rada für das ukrainische Volk und für die Regierung von ganz Rußland keinerlei Geltung haben könne.

Staatssekretär von Kühlmann machte nunmehr den Vorschlag, die Frage der Grenzziehung einer Unterkommission zu überweisen. Bei Ziehung der Grenzlinie, wie sie seitens der Verbündeten der russischen Delegation vorgeschlagen sei, seien in erster Linie völkische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Es sei der Versuch gemacht Mineralien verfälscht sind. Das Publikum wird dadurch getäuscht, daß solche Mittel zwar gut seifen und der Wäsche ein gutes Ansehen geben, diese aber nach kurzer Zeit brüchig und unbrauchbar machen. Ueberdies ist Gips aus der Wäsche infolge seiner Wasserunlöslichkeit nur unter stärkster mechanischer Beanspruchung der Faser herauszuwaschen. Uebermäßiges Reiben der Wäsche schadet aber bekanntlich ebensoviel wie Behandlung mit scharfen Waschmitteln. Das Publikum und die Wäschereien werden gewarnt, solche Waschmittel zu gebrauchen."

Diese Mahnung ist natürlich durchaus berechtigt, nur wenn sie sich an die falsche Adresse. Woher soll das Publikum denn wissen, wie die Stärkemittel zusammengesetzt sind, soll jede Hausfrau erst zu einem Chemiker gehen und Untersuchung beantragen? Wenn die Reichsbekleidungsstelle von der Schädlichkeit der Stärkeersatzmittel überzeugt ist, wozu alle Veranlassung vorliegt, dann mag sie bei den verantwortlichen Behörden das Verbot solcher Ersatzmittel durchsetzen. Damit wird der Erhaltung der Wäsche mehr gedient als durch Mahnungen an die falsche Stelle. Noch besser freilich wäre es, wenn ein solches Einzelverbot überflüssig gemacht würde durch die Einführung des allgemeinen Ersatzmittelprüfungszwanges, wie ihn der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen seit langem gefordert hat.

Neue Bekanntmachungen.

Der städtische Verkauf von Gemüsekonserven geht am Sonnabend zu Ende. Berücksichtigt werden nur noch die Haushalte, die Konserven bisher noch nicht erhalten haben.

Kleine grüne Heringe verkaufen am Freitag die Fischgeschäfte auf die Nummern 1 bis 3000.

Quark für Kinder wird am Freitag auf die Nummern 63 001 bis 70 000 abgegeben.

* **Bevorstehende Verteilung von Sauerkraut.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt mit, daß die diesmalige Bedarfsmeldung der Armeeverwaltung an Weißkohl-Sauerkraut das Dreifache des Vorjahres ausmachte, so daß für den Zivilbedarf nichts übrig gewesen sei. Infolge Herabsetzung der Heeresansprüche seien jetzt 300000 Zentner für die Zivilbevölkerung frei geworden, die noch in diesem Monat verteilt werden sollen. Möglicherweise werde im März oder April eine nochmalige Verteilung erfolgen.

* **Die Preise für Erbsenkonserven.** Die Gemüsekonservenen-Kriegsgesellschaft in Braunschweig hat durch Bekanntmachung vom 2. Februar 1918 die Preise für die Erbsenkonserven aus der Ernte 1917 festgesetzt. Sie betragen für Kaiserschoten (junge Erbsen, extra fein) 2,10 Mk., für junge Erbsen, sehr fein, 2 Mk., für junge Erbsen, fein, 1,85 Mk., für junge Erbsen, mittelfein, 1,70 Mk., für junge Erbsen (Gemüseerbsen I) 1,60 Mk., für Suppenerbsen (Gemüseerbsen) 1,55 Mk. je Kilogramm.

* **Lebensmittelpakete.** Die schonende Behandlung der Pakete mit lebenden Tieren, Eiern, Bruteiern, Zigarren usw. hat das Reichspostamt jetzt von neuem den Postanstalten dringend zur Pflicht gemacht. Es soll darüber gewacht werden, daß diese Pakete nicht geworfen werden. Sie müssen von Hand zu Hand gegeben und stets so verladen und gelagert werden, daß sie nicht zur Erde fallen können und keinem Druck ausgesetzt sind. Pakete mit verderblichem Inhalt sind entfernt von geheizten Oefen und warmen Heizkörpern nach Möglichkeit an kühlen, jedoch vor Frost geschützten Stellen zu lagern. Dies gilt für Sendungen mit Butter, Fleisch, Blumen, Fischlaich usw.

* **Rationierte Güter sind unpfändbar!** Ein Gerichtsvollzieher hatte bei einer Schuldnerin in Magdeburg 15 Zentner [illegible] nicht gehört, das dem seiner Soldaten für die Unterhalten der einen Partei gegen die andere zu ergreifen. Deshalb [illegible] sein Volk auf dem Kriege heraus [illegible] Rußland nicht [illegible] Aus allen Bedrängnissen der Völker und ihre Regierungen: es gebe den Befehl zur sofortigen Demobilisierung aller Armeen, die jetzt bei der Armeen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei gegenüberständen. Seine Regierung lehne es aber ab, die deutsch-österreichisch-ungarischen Bedingungen zu sanktionieren. Rußland gehe aus dem Krieg heraus, sehe sich aber genötigt, auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu verzichten.**

Hierauf erfolgte die ihrem Inhalt nach schon bekannte Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilisierung sämtlicher Truppen. Für die aus dieser Lage sich ergebenden weiteren Besprechungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Rußland über die Gestaltung der wechselseitigen diplomatischen, konsularischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen verwies Herr Trotzki auf den Weg unmittelbarer Verkehrs zwischen den beteiligten Regierungen und auf die bereits in Petersburg befindlichen Kommissionen des Vierbundes.

Staatssekretär von Kühlmann entgegnete, wenn er den gegenwärtigen Zustand analysiere, so stehe der Vierbund mit der russischen Regierung im Kriege. Die kriegerischen Unternehmungen seien durch den Waffenstillstandsvertrag eingestellt, würden aber beim Wegfall dieses Vertrags von selbst wieder aufleben. Der Waffenstillstandsvertrag bezeichnet den Abschluß des Friedens als den eigentlichen Zweck seines Daseins. Würde also manaels Abschluß eines Friedens der eigentliche Daseinszweck des Waffenstillstandsvertrags verschwinden, so würden nach Ablauf der vorgesehenen Frist die Kriegshandlungen wieder aufleben. Die Tatsache, daß die eine von beiden Parteien ihre Armeen demobilisiere, würde hieran weder tatsächlich noch rechtlich irgend etwas ändern. Ein Merkmal für das Bestehen des Friedenszustandes sei das Vorhandensein internationaler Beziehungen, wie dies unter Staaten üblich sei, ferner das Bestehen von Rechtsbeziehungen und von Handelsbeziehungen. Er möchte den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation um eine Meinungsäußerung darüber bitten, ob die russische Regierung beabsichtige, neben der Erklärung der Beendigung des Kriegszustandes mitzuteilen, wo die Grenzen des russischen Reiches liefen — denn dies sei für die Wiederaufnahme der diplomatischen konsularischen, Rechts- und Handelsbeziehungen eine notwendige Voraussetzung — sowie ob die Regierung der Volkskommissare gewillt sei, die rechtlichen und Handelsbeziehungen genau in demselben Umfange wieder aufzunehmen, wie sich dies aus einer Beendigung des Kriegszustandes natürlich ergeben würde. Diese Fragen seien wesentlich für die Beurteilung des Problems, ob der Vierbund mit Rußland im Krieg oder im Frieden lebe.

Herr Trotzki erklärte, dem Gesagten nicht viel hinzufügen zu können, worauf Staatssekretär von Kühlmann vorschlug, für den folgenden Tag eine Vollsitzung anzuberaumen, in der die Stellungnahme der Verbündeten zu den neuesten Mitteilungen der russischen Delegation bekanntgegeben werden würde.

Herr Trotzki erwiderte, seine Delegation habe jetzt alle Vollmachten erschöpft, die sie erhalten habe. Sie halte es für notwendig, nach Petersburg zurückzukehren. Alle Mitteilungen, welche die verbündeten Delegationen machen würden, werde sie im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und darauf die Antwort erteilen.

Auf die Frage des Staatssekretärs von Kühlmann, auf welchem Wege dieser Gedankenaustausch erfolgen solle, entgegnete Herr Trotzki, die russische Delegation habe von Brest-Litowsk aus eine direkte Drahtverbindung mit Petersburg gehabt, vor der Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen habe man sich durch Funksprüche verständigt, und außerdem befänden sich jetzt in Petersburg Vertretungen der vier verbündeten Mächte, die mit ihren Regierungen verkehren könnten. Auf diesem Wege könne man eine Verbindung herstellen. — Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180214-16/fragment/page=0005

Wie steht es in der Ukraine?

Die Kämpfe in der Ukraine gehen anscheinend weiter. Das Zentrumsorgan Germania schreibt an der Spitze ihrer gestrigen Abendausgabe:

„Ueber die Vorgänge in der Ukraine kommen noch immer keine sicheren Nachrichten zu uns. Die Lage der Rada ist durch neuere Erfolge der Bolschewiki, welche Herren von Kiew zu sein scheinen, verschlechtert worden. Ein äußeres Zeichen dafür ist die Verlegung des Hauptquartiers der Rada nach Schitomir. So unerfreulich dies auch ist, so behält unser Friedensschluß mit der Ukraine darum aber doch seine Bedeutung. Er ist zum mindesten einem latenten Kriegszustande vorzuziehen."

Die Oesterreicher haben gemäß dem Friedensvertrage Brody wieder besetzt.

•

Die Rumänen in Beßarabien.

Nach einer Petersburger Depesche der Pariser Presse sollen die rumänischen Truppen Kischinew, die Hauptstadt Beßarabiens, besetzt haben.

Rußland.

Demobilisation und Rote Armee.

Berlin, 14. Februar. Der russische Oberkommandierende der West- und Südwest-Front, Majasnikow, hat durch Funkspruch vom 11. d. M. folgende Befehle ergehen lassen:

1. Die Demobilisierung der Armee wird schnell vor sich gehen, wobei volle Ruhe und Ordnung bewahrt werden muß. Der heutige Zustand unserer Eisenbahnen erfordert, daß wir sparsam mit ihnen umgehen.

2. Zur Durchführung der Demobilisation sind bei den Truppenteilen besondere Organe mit den Komitees und Räten an der Spitze zu bilden; die Heranziehung bezahlter Arbeitskräfte ist in weitgehendstem Maße erforderlich.

3. Parallel mit der Demobilisierung muß die Organisierung der Roten Armee gehen: Mehr Agitation, mehr praktisches Handeln in dieser Richtung!

4. Die Komitees die Räte und die Verwaltungsorgane der Truppenteile müssen bis zur letzten Minute auf ihrem Posten bleiben. Kameraden! Die Erfüllung dieser Bedingungen wird uns ermöglichen, die Folgen des Krieges endgültig zu liquidieren und zu einer gesunden Form des Schutzes von Volk, Land und Revolution gegen ihre Feinde überzugehen.

Petersburg, 12. Februar. Die Prawda begrüßt die Rote Armee als wahre Waffe des Triumphes der sozialistischen Weltrevolution und des Unterganges des Kapitalismus.

Die Organisation der Roten Armee wird den örtlichen (Gouvernement — Kreis — usw.) Räten übertragen, innerhalb der Armee den Frontkomitees der Armeen, Korps und Divisionen. Die Räte gründen hierfür besondere Ausschüsse, die Armee stellt besondere Stäbe der Roten Armee auf.

Frankreich.

Todesurteil über Bolo. Paris, 14. Februar. Bolo-Pascha ist vom Militärgericht einstimmig zum Tode verurteilt worden. Trotzdem wurde zu drei Jahren Gefängnis, Cavallini in Kontumatium (Abwesenheit) zum Tode verurteilt. — Das Gericht hat bei Bolo als erwiesen betrachtet, daß er mit dem Feinde in Verbindung stand und ihm gegen Geld Informationen gegeben habe.

Verfolgung französischer Sozialisten und Gewerkschaftler. Die Humanite vom 6. Februar meldet: „In Sachen der Verfolgung von Sozialisten und Gewerkschaftlern hat die Fraktion beschlossen, eine aus Rouver, Loyal, Paryn und Voillot bestehende Abordnung an den Ministerpräsidenten Clemenceau zu [illegible] die Sache und einige Wirtschaftsgenossen mit ihm zu sprechen.

•

Paßverweigerungen an oppositionelle Sozialisten.

Aus Wien wird berichtet: Der Vollzugsausschuß der Tschecho-slawischen und sozialdemokratischen Partei wollte zwei Genossen nach Deutschland senden, damit sie die Arbeiterverhältnisse untersuchen. Auf dem Prager Deutschen Konsulat ist ihnen aber die Bewilligung zur Grenzüberschreitung verweigert worden.

Die englischen Blätter melden, daß in Rom und Paris den oppositionellen Sozialisten bis jetzt die Pässe zur Londoner Arbeiterkonferenz der Alliierten, die am 22. Februar beginnen soll, nicht ausgehändigt wurden.

Politische Uebersicht.

Der Wahlrechtsausschuß.

Am Donnerstag hat der Ausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses endlich mit der Beratung der Wahlrechtsvorlage den Anfang gemacht. Die Regierungsvorlage sieht im § 1 vor, daß der Wähler 25 Jahre alt (bisher 24) und drei Jahre Preuße sein muß; ebenso muß er ein Jahr lang ununterbrochen in der Gemeinde wohnen. Diese letztere Bestimmung trifft in ungeheuerlicher Weise die Arbeiterklasse, von der große Schichten beständig von Ort zu Ort geworfen werden und dadurch Tausende immer wieder das Wahlrecht für ein Jahr verlieren. Die Konservativen wollten die Arbeiterklasse noch schärfer treffen, indem sie beantragten, daß man drei Jahre am Orte wohnen müsse. Ungeheuerlich! Nach längerer Debatte wurde der Antrag zurückgezogen. Die Nationalliberalen beantragten, daß den Kriegsteilnehmern für die erste Wahl die Erfüllung der einjährigen Ortsansässigkeit erlassen werde, was angenommen wurde. Der Sozialdemokrat Hirsch stellte den Antrag, allen Staatsangehörigen, auch den Frauen, das Wahlrecht vom 20. Jahre an zu geben. Der Antrag wurde abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Die Frage, wer vom Wahlrecht ausgeschlossen sein soll (Bestrafte, Arme) wurde einem Unterausschuß überwiesen.

Ein reaktionärer Plan.

Die Frage der Wahlrechtsgleichheit soll in der nächsten Sitzung (Montag) beraten werden. Die Konservativen machen dazu einen gefährlichen Vorstoß für

Pluralstimmen und berufsständische Vertretung.

Ein Antrag will 236 Mitglieder in allgemeinen Wahlen, 214 in berufsständischen Wahlen ernennen. Jeder Wähler erhält für jede Wahl eine Stimme, außerdem für die allgemeinen Wahlen Zusatzstimmen — bis zu sechs Stück! Diese Pluralstimmen sollen gegeben werden: dem hohen Vermögen, dem hohen Einkommen, der Selbständigkeit, dem Grundbesitz, der Schulbildung und dem Alter. Das kann lustig werden.

Die Braunkohleninteressenten im Streit.

Berlin, 14. Februar. Die Verhandlungen über die Bildung eines freiwilligen Syndikats für den preußischen Braunkohlen-Bergbau östlich der Elbe sind bei einer heute in Berlin abgehaltenen Sitzung des für die Bearbeitung der einschlägigen Fragen gewählten Zwölferausschuß gescheitert, nachdem sich von vornherein unüberbrückbare Gegensätze in den Auffassungen über die Frage der Einführung einer Einheitsmarke innerhalb der beteiligten Werke herausgestellt hatten.

England.

Eine Regierungskrise

wird von den Londoner Blättern angekündigt. Lloyd George habe im Unterhause unbefriedigt gelassen. Er werde nun bei der Beratung der Kredite auch formell die Vertrauensfrage stellen. Sein Schicksal sei recht ungewiß. Diese Angaben sind natürlich nur Stimmungen, doch scheinen sie einen ernsteren Untergrund zu haben. — Der Militärkritiker Oberst Repington ist wegen unerlaubter Veröffentlichungen über die Versailler Beschlüsse verhaftet worden.

•

Streik und Hungeraufstand.

Berlin, 13. Febr. Der immer stärker werdende Lebensmittelmangel in England ruft immer ernstere Unruhen und Ausschreitungen im Zusammenhang mit den sich mehrenden Streiks hervor. So kam es in der letzten Hälfte des Januar nach Berichten aus England kommender Seeleute in Cardiff, Newport, Manchester und Liverpool infolge Fleisch- und Kohlenmangels zu schweren Aufruhr-Szenen. Ueber einen am 16. 1. in Hull wütenden Streik und Hungeraufstand berichteten diese Seeleute näheres: „Tagelang war in Hull weder Fett noch Fleisch, Tee, Zucker oder Margarine zu haben gewesen. Am 16. war nun ein Zug mit Lebensmitteln angekommen. Die Kunde durchflog die Stadt, und vor den geschlossenen Läden sammelten sich gewaltige Menschenmengen, die in ihrer Gesamtheit gegen 15 000 Personen umfaßten. Ein starkes Schutzmannsaufgebot hielt die Menge in Schach. Als aber die Vorräte auf von Soldaten begleiteten Frachtwagen und Autos vor den Geschäften ankamen, durchbrach die Menge die Schutzmannskette und stürzte sich auf die Lebensmittel in den Wagen. Die Scheiben der Läden wurden zerschlagen. Die Polizei war machtlos, und der Aufruhr dauerte bis 7 Uhr abends. Um diese Zeit kamen 800 Australier aus einem Lager zwischen Cottingham und Deverley an, die die Straßen von der sich in wüsten Ausschreitungen ergehenden Menge säuberten. Die Australier mußten vom blanken Säbel Gebrauch machen, wobei über 100 Menschen verwundet wurden." (B. T. B.)

Halle und Saalkreis.

Halle, den 15 Februar 1918

Städtische Möbelbeschaffung für Minderbemittelte.

Nachdem die meisten größeren Städte durch Errichtung von städtischen Möbelstellen bereits seit langem Maßnahmen zur Linderung der durch den Krieg hervorgerufenen allgemeinen Möbelnot getroffen haben, ist nun endlich auch der Magistrat von Halle dieser Frage mit einem Vorschlage zu ihrer praktischen Lösung nähergetreten. Die Vorlage, die er zu diesem Zwecke der gestrigen außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung unterbreitet hatte, bewegt sich in einem recht bescheidenen Rahmen. Sie fordert nicht die Errichtung einer eigenen städtischen Möbelstelle, sondern sieht nur eine finanzielle Beteiligung der Stadt an einer zu gründenden gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung vor. Die Aufgabe dieser Gesellschaft soll sein: die Beschaffung einfacher Wohnungseinrichtungen für Minderbemittelte. Nach dem Vorschlage des Magistrats soll sich die Stadt an dieser Gründung mit einer Stammeinlage von 20000 [illegible] Tausend Mark [illegible] Gesellschaft einen Kredit bis zu 150 000 Mark zu gewähren. Der Vorlage ist folgende Begründung beigegeben:

„Durch den Krieg ist inzwischen auch auf dem Gebiete der Hausratbeschaffung ein Notstand eingetreten. Der Mangel an Rohmaterialien aller Art, an Arbeitskräften, die Transportschwierigkeiten haben zu einer äußersten Einschränkung in der Herstellung von neuen Möbeln geführt. An ihre Stelle ist ein lebhafter Handel mit gebrauchten Möbeln getreten, der aber den Bedarf nicht zu decken vermag. Für gebrauchte Möbel werden zudem derart übertriebene Preise gefordert und bezahlt, daß es den Minderbemittelten unmöglich wird, sich auch nur das Notwendigste an Möbelstücken insbesondere für die erste Eheeinrichtung zu beschaffen, wenn sie sich nicht in drückende Schulden stürzen wollen, aus denen sie aus eigener Kraft nicht wieder herauszukommen vermagen.

Hier helfend einzutreten, wird für die Stadt zur Notwendigkeit und auch zu einer Ehrenpflicht gegenüber den Kriegsgetrauten, denen nach ihrer Rückkehr in die Heimat die Möglichkeit geboten werden muß, ihren Hausstand zu gründen; und ihre Zahl ist voraussichtlich auch für Halle nicht gering. Nach der Feststellung des statistischen Amts haben bis Ende 1917 1520 Kriegstrauungen ohne eigene Wohnung stattgefunden. Rechnet man nun auch von dieser Ziffer eine erhebliche Zahl auf bemittelte Kriegsgetraute ab, ferner auf Fälle, in denen der Mann vor dem Kriege bereits seinen Wohnsitz außerhalb Halles besaß und in denen der Tod inzwischen die Ehe wieder gelöst hat, so wird doch unter Berücksichtigung wiederum des Zuzugs von auswärts immer noch mit einer Zahl von etwa 800 Ehepaaren gerechnet werden müssen, die nach Beendigung des Krieges in Halle ihren ersten Wohnsitz nehmen und den Wunsch haben werden, hier die Einrichtungsgegenstände für ihren Hausstand zu Preisen zu kaufen, die für ihre wirtschaftlichen Verhältnisse erschwinglich sind.

Zum Zwecke der Hilfeleistung soll in ähnlicher Weise, wie es bei der Gründung der Altkleiderverwertungsstelle geschehen ist, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit gemeinnützigem Charakter ins Leben gerufen werden; denn es ist einfleht sich im Interesse der Beteiligten, das nach kaufmännischen Grundsätzen zu leitende Unternehmen in die geschäftsgewandten Hände Sachkundiger zu legen. Aufgabe der Gesellschaft wird es sein, dem Notstand dadurch abzuhelfen, daß sie durch Heranziehen an die opferbereite Bürgerschaft für die Sammlung und Bewirtschaftung gebrauchter Möbel, insbesondere aber auch für die Herstellung einfacher neuer Möbel nach geschmackvollen Entwürfen und für die Abgabe zu möglichst günstigen Bedingungen Sorge trägt. Die Herstellung neuer Möbel soll nur im Rahmen des für die erste Eheeinrichtung Notwendigsten erfolgen und etwa auf Küchen- und Schlafzimmereinrichtung, unter Umständen sich vielleicht auch auf die Einrichtung einer Wohnstube beschränken. Die Erfüllung der Aufgabe wird der Gesellschaft möglich sein, wenn sie als gemeinnütziges Unternehmen ohne Gewinnbeteiligung für ihre Gesellschafter arbeitet und wenn ihr der Einfluß und die tätige und finanzielle Mithilfe der Stadt mit ihren Organen zur Seite steht. Diesen Gesichtspunkten ist in den Bestimmungen des Entwurfs zu einem Gesellschaftsvertrage und des mit der Gesellschaft abzuschließenden Kreditvertrages Rechnung getragen. Das Stammkapital der Gesellschaft wird, da für die erste Herstellung etwa 100 Möbelausstattungen für Küche und Schlafstube in Auftrag zu geben sein werden, keinesfalls unter 120 000 Mk. anzunehmen sein. Daneben ist der Gesellschaft, um ihr das nötige Betriebskapital sicherzustellen, ein Kredit bis zur Höhe von 150 000 Mk. von der Stadt zu gewähren. Die Gesellschafter sollen von der Stadt in gleicher Weise wie bei der Altkleiderverwertungsstelle lediglich eine 5prozentige Verzinsung ihrer Stammeinlagen verbürgt erhalten und gegen den Kapitalverlust geschützt werden. Der Zweck und die finanzielle Beteiligung der Stadt bedingen die Sicherstellung ihres Einflusses auf den Gang des Unternehmens, was dadurch erreicht werden soll, daß zwei Mitglieder des Aufsichtsrats vom Magistrat ernannt werden, die Stadt mit einer Einlage von 20 000 Mk., also mit mehr als ein Zehntel des Stammkapitals (§ 51. Ges. v. 20. April 1892) dem Unternehmen als Gesellschafter beitritt und daß Aenderungen an den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages von der Genehmigung des Magistrats abhängig sind."

Der Krieg als Familienzerstörer.

Es ist eine schon länger beobachtete Tatsache, daß der Krieg auch auf das Verhältnis der Ehescheidungen einen starken Einfluß ausgeübt hat. Bei den vielen Kriegstrauungen sind viele Ehen mit unterlaufen, die, weil aus einer flüchtigen Augenblicksstimmung heraus entstanden, auf keiner sicheren Grundlage fußen konnten, und bald wieder in die Brüche gingen. In vielen anderen, schon länger bestandenen Ehen, die fest gefügt schienen, ist durch die lange Dauer des Krieges und Abwesenheit des Mannes Entfremdung eingetreten, die häufig zu Ehescheidungen führt. So wirkt auch auf diesem Gebiete der Krieg als unheilvoller Zerstörer sittlicher Werte, die uns immer als eines unserer heiligsten Güter hingestellt worden und deren Verwüstung man dem Sozialismus zum Vorwurf macht.

Einen interessanten Einblick in diese Verhältnisse gab der Fränkischen Tagespost zufolge, die letzte Sitzung der Nürnberger Armenräte. Aus Anlaß eines vorliegenden Unterstützungsfalles für eine Familie, deren Ernährer eingezogen ist, stellte der Vorsitzende Rechtsrat Fleischmann fest, daß bei den Armenrechtsgesuchen, die bei der Armenpflege für Prozesse usw. beantragt worden, von 100 Klagen allein 34 sich auf Ehescheidungen beziehen. Weiter wurde mitgeteilt, daß unter 163 neu eingelaufenen Gesuchen um Armenrechtsbewilligung nicht weniger als 80 Gesuche Ehescheidungsklagen betreffen. Der Vorsitzende bezeichnete diese Feststellungen als geradezu fürchterliche Tatsache. Jedenfalls geben diese Verhältnisse sehr zu denken.

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden in den Verlustlisten gemeldet:

Preußische Verlustliste Nr 1053. Franz Eisenstein gef. Otto Kopp gef. Obsig. Karl Kremling l. verw. Max Lehmann gef. Ernst Meinhardt gef. Robert Mühle gef. Obgfr. Walter Schwarz gef. Willi Tennstedt gef. Ltn. Karl Urbach, bisher verm., in Gefgsch. Wilhelm Wege, bish verm., in Gefgsch. Gefr. August Wichmann, bish. verm., in Gefgsch

Preußische Verlustliste Nr. 1054. Felix Stahlmann gef.

Preußische Verlustliste 1055. Kurt Acke l. verw b. d. Tr. Arno Becker l. verw. Albert Brauer, nicht durch Unfall verletzt, sondern tödlich verunglückt. Utffz. Willi Dommaschk, bish. verm., in Gefgsch. Wilhelm Henze l. verw. b. d. Tr. Ltn. d. Res. Karl Hoffmann l. verw. b. d. Tr. Franz Lipke schw. verw. Gustav Sauer III verw

Preußische Verlustliste Nr. 1056. Reimund Bollmann verm. Artur Dörner l. verw. Walter Fleischhauer gef. Albert Hermanns gef. Otto Haack, bish. verw., gestorben. Hermann Haape l. verw. Max Hinke l. verw. Otto Leopold, bish. verm., [illegible] Tode verurteilt durch [illegible] einer Sitzung des Schwurgerichts [illegible] Gefr. Otto Meißner schw. verw. Gefr. Johannes Stahlmann l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 1057. Vzfeldw Otto Kanning l. verw. Utffz. Paul Schaaf l. verw. Utffz. Paul Scheele gef. Otto Schmidt gef.

Preußische Verlustliste Nr. 1058. Willi Hunold, bish. verm., gerichtlich für tot erklärt. Lukas Kniesel, bish. verm., in Gefangenschaft. Ofiz.-Stellv. Wilhelm Löschke l. verw. Utffz. Zanar Tappert, bish. verm., in Gfgsch.

Preußische Verlustliste Nr. 1059. Gefr. Otto Larm, bish. vermißt, in Gefgsch. Gefr. Hermann Laue l. verw. Gustav Mauksch verm. Franz Treptow in Gefgsch.

Kaiserl. Marine. Verlustliste Nr. 137. Ob.-Hzr. d. R. Franz Hiering, bish. verm., tot. A.-Msch.-Mtr., Walter Rudolph, bish. zurückgeb., in Gefgsch.

Neue Bekanntmachungen.

Seefische verkaufen am Sonnabend die Fischgeschäfte auf die Nummern 38 501 bis 52 000.

Der Verkauf von Dörrgemüse (Spinat) beginnt am Sonnabend in der Talamtschule auf die Marke 136 des Warenbezugscheines 13.

Eier erhalten am Sonnabend in der Talamtschule die Inhaber der Lebensmittelscheine Nr. 46 501 bis 49 000.

Quark für Kinder ist noch in den Milchgeschäften zu haben.

Die Ausgabe der Warenbezugscheine (Serie 14) findet vom Montag, dem 18. Februar 1918, ab in den Markenausgabestellen, und zwar zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken statt.

* Ein Lehrgang für Kriegshinterbliebenenfürsorge wird, wie der Mobilmachungsausschuß vom Roten Kreuz mitteilt, in der Zeit vom 26. bis 27. Februar in Halle in der Aula der städtischen Handwerkerschule abgehalten. Der Lehrgang umfaßt Vorträge über folgende Themen: Gesetzliche Witwen- und Waisenfürsorge und Kapitalabfindung; Ansprüche der Hinterbliebenen auf Grund gesetzlicher Versicherungen; Militärische Versorgungsgebührnisse, Zuwendungen, Unterstützungen, auf die kein Rechtsanspruch besteht; Kriegsunterstützung für Hinterbliebene; Unterstützung aus der Nationalstiftung und sonstige Spenden; Einrichtung von Fürsorgestellen in Stadt- und Landkreisen; Zusammenarbeit der mit der Fürsorge befaßten Stellen; Persönliche Fürsorge; Förderung der Wiederverheiratung der Kriegswitwen; Rechtsschutz für Krieger und deren Hinterbliebenen. Die Einzelvorträge werden kurz gehalten. An jeden Vortrag soll sich sogleich eine Besprechung anschließen, in der Gelegenheit zur Fragestellung sein wird. Teilnehmen an diesem Lehrgang können im allgemeinen die amtlichen Leiter der Fürsorgestellen in den Regierungsbezirken Merseburg und Erfurt. Zugelassen werden außerdem alle Personen, die Interesse an der Sache haben, also Vertreter von Beratungsstellen, Vereinen und Verbänden, die den Gegenstand bearbeiten. Die Teilnahme ist kostenlos. Meldungen sind, um Ueberfüllung vorzubeugen, rechtzeitig an das Oberpräsidium in Magdeburg zu richten.

* Der Verein der Gastwirte von Halle und Umgegend hielt seine Monatsversammlung in der Eisbörse ab. Hinsichtlich der Gründung von Fachausschüssen mit Angliederung an die Handelskammer wurde mitgeteilt, daß der Vorsitzende Käppel an maßgebender Stelle bereits Entgegenkommen gefunden habe. Weiter ersuchte der Vorstand die Mitglieder, entbehrliche Wäsche an die Reichsbekleidungsstelle zu verkaufen, um einer eventuellen Enteignung vorzubeugen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Bierpreise durch die Brauereien um eine Mark pro Hektoliter erhöht seien. Zur Verlesung gelangte ein Lohntarif der hiesigen Kellnervereine; er

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191802 14-16/fragment/page=0006

wurde natürlich von der Versammlung abgelehnt. Ebenso die Beantwortung eines beigefügten Anschreibens. Es wurde von einem Mitgliede der Antrag gestellt, die Versammlung wolle beschließen, an die Ortskohlenstelle eine Eingabe zu machen, den Händlern die Genehmigung zum Bezuge von westfälischen Koks für die Gastwirte zu bewilligen, da sich Gaskoks nicht für Zentralheizung eigne. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

* **Sonderzüge zur Leipziger Messe.** Die Eisenbahnverwaltung gibt bekannt: Zur Erleichterung des Besuches der am 4. März beginnenden Oster-Vormesse in Leipzig werden auf den Strecken (Stuttgart) Nürnberg—Leipzig, Frankfurt (Main) —Leipzig, Köln—Halberstadt—Leipzig, Altona—Leipzig und Berlin—Leipzig Sonderzüge gefahren. Verkehrstage, Haltestationen und Verkehrszeiten der Züge sind aus den auf den größeren Bahnhöfen angebrachten Aushängen ersichtlich.

* **Vorträge des Bundes für Volkskraft.** Am Mittwoch, dem 20. Februar, abends 8¼ Uhr, wird Prof. Dr. Sommerlad über Luxus und Luxusgesetze sprechen. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben unserem Volk gewaltige Entbehrungen auferlegt, aber auch Luxus, ja vielfach Verschwendung bei solchen gezeitigt, die vordem nicht hierzu imstande waren. Eine Menge Pläne und Versuche sind aufgetaucht, auf teilweise recht utopischen Wegen eine Mehrung der Volkskraft zu erreichen. So ist es wohl gerechtfertigt, das Thema über den Luxus auf Grund des derzeitigen Erkenntnisstandes der volkswirtschaftlichen und wirtschaftsgeschichtlichen Forschung zu behandeln und wieder einmal die Maßstäbe zurechtzurücken, die ein unvoreingenommenes Urteil über diese wichtige wirtschaftliche Lebensfrage ermöglichen. C. Alderhalden.

* **Die Frauenschwimmhalle des Stadtbades** ist, wie der Magistrat mitteilt, vom 18. Februar d. J. ab wieder geöffnet; somit sind beide Schwimmhallen den ganzen Tag über für beide Geschlechter getrennt in Betrieb. Die Badezeiten sind für Schwimm-, Wannen- und Brausebäder an den Wochentagen von 7½ Uhr morgens bis 7 Uhr abends, Freitags und Sonnabends bis 8 Uhr und Sonntags bis 12 Uhr mittags. Wegen einer kleinen Veränderung ist das römisch-irische Bad zurzeit geschlossen, wird aber am 1. März d. J. wieder eröffnet. — Im Monat Januar d. J. badeten im Stadtbad insgesamt 19 484 Personen gegen 12 644 in demselben Monat des Vorjahres, und zwar männliche 11 519, weibliche 7965.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, den 15. Februar, kommt Schillers Braut von Messina zur ersten Aufführung. In der morgen stattfindenden Vorstellung La Serva Padrona, Oper von Pergolesi, wirken unter musikalischer Leitung von Oskar Braun Anna Enghardt, sowie Emil Fischer und Alex Trott mit. Hierauf folgt Kleists Zerbrochener Krug mit Leopold Sachse als Dorfrichter Adam. Der Sonntag-Spielplan bringt nachmittags 3½ Uhr als Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen Die Förster-Christl, abends 7½ Uhr eine Aufführung der d'Albertschen Oper Die toten Augen. Montag, den 18. Februar, wird Lortzings Waffenschmied mit Emil Fischer in der Titelpartie wiederholt.

Ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten des Hinterbliebenen-Fonds gefallener Unteroffiziere und Mannschaften des Füsilier-Regiments Nr. 26, findet morgen, Sonnabend, den 16. Februar, in den Thalia-Sälen statt. Die Vortragsfolge dieses Konzertes wird von Mitgliedern des Stadttheaters Halle bestritten. Karten sind im Vorverkauf in der Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan und an der Abendkasse im Thalia-Theater erhältlich. Der Beginn des Konzerts ist auf 8 Uhr festgesetzt.

*Walhalla-Theater. Die Burleske Pst! Pst! von Paul Lincke kann infolge anderweitiger Disposition nur noch viermal aufgeführt werden. Die Erstaufführung der Operette Die Fahrt ins Glück von Jean Gilbert ist am Dienstag. Karten sind bereits ab heute zu haben. Vielseitigen Wünschen entsprechend kommt Sonntag nachmittag ¼4 Uhr als Familienspielen nur nochmals [illegible] Das Fräulein vom Amt zur Darstellung.

* **Wer ist es?** Am 13. 2. 18, nachm 1½ Uhr, wurde ein Unbekannter in dem Personenzug Calle—Kassel von einem Schlaganfall befallen und starb, ohne daß seine Personalien bekannt waren. Er hatte eine Fahrkarte 3. Klasse Halle—Appendorf bei sich und es wird vermutet, daß der Unbekannte sich auf der Mittelbahn nach Appendorf befunden hat und dort beheimatet ist, oder aber daß er dort hat Verwandte aufsuchen wollen. Beschreibung: 1,60 Meter groß, 65 bis 67 Jahre alt, graumeliertes dünnes Haar, graumelierter Schnurrbart, gesundes, länglich volles Gesicht, hohe Stirn, blaugraue Augen, dunkelblonde Augenbrauen, breite Nase, breites Kinn, im Unterkiefer fehlen zwei Zähne. Bekleidung: Rotbrauner Jackettanzug, dunkelblauer Herbstüberzieher mit der Firma W. Greßmann, Hamburg, weißes Gummiunterhemd mit Gummiumlegekragen, schwarzer Schlips, weißes Barchenthemd, Trikothemd und -hose, schwarz- und gelbkarierte Hosenträger, graue Strümpfe, Stiefeletten, graues halbseidenes Halstuch, schwarzer, weicher Hut. Es befand sich ferner bei der Leiche ein weißes Taschentuch mit bläulichen Kanten, ges. L M. in Monogrammform. Besondere Kennzeichen: An der rechten und linken Stirnseite je eine Narbe. Das linke Bein ist anscheinend im Kniegelenk steif. Wer über den Toten Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Drendhauptstraße, Zimmer 72 oder 78, zu melden, wo ein Lichtbild des Toten ausliegt.

Ammendorf. Grundstückserwerb. Die Chemische Fabrik Buckau, Werk Ammendorf, erwarb von dem Baumternehmer Graul sieben Wohnhäuser in der Schachtstraße, die erst vor einigen Jahren erbaut sind. Die Häuser sollen als Wohnungen für die Beamten und Arbeiter der genannten Firma Verwendung finden.

Dölnitz. Altertumskunde. Bei Abräumungsarbeiten im Tagebau der Grube Hermine Henriette 2 bei Lochau wurden durch den Dampfbagger größere Mengen Knochenreste, anscheinend Tierknochen, in einer Tiefe von einigen Metern im Kies bloßgelegt. Die Funde sind von den Betriebsleitern gesammelt und der Direktion überwiesen worden.

Aus der Provinz.

Arbeiten des Beirats für Städtebau.

Eine ganze Reihe von Landgemeinden hat sich in letzter Zeit an die Geschäftsstelle des Beirats für Städtebau und städtisches Siedelungswesen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten gewendet, um sich in Fragen ihres Bebauungsplans, wegen Bearbeitung von Kleinsiedelungsplänen, Aufstellung von Bauordnungen und Ortsstatuten zu unterrichten und unentgeltlich gewährten Rat einzuholen. Nebenher sind die besonders gebildeten Ausschüsse mit einigen allgemeinen Fragen befaßt, die angesichts der bevorstehenden Schwierigkeiten in der Wohnungsherstellung für Minderbemittelte besonders dringlich erscheinen, wie die Gewährung von baupolizeilichen Erleichterungen für Kleinhäuser, für Notbauten und für Kleinwohnungen in Mittel- und Großhäusern, die Gewinnung von Einheitsformen für Kleinwohnungsbauten und für Stücke der inneren Einrichtung und der Konstruktionsteile, ferner die Gewinnung der Grundlagen für die Aufstellung der Bebauungs- und Fluchtlinienpläne und dergleichen. Zur Beratung dieser Vorlagen werden die beiden Hauptausschüsse voraussichtlich noch im Laufe dieses Vierteljahres erneut zusammentreten, während die Vollsitzung des Beirates für die erste Hälfte des April in Aussicht genommen ist.

Vieh- und Kaninchenzählung am 1. März 1918. Zur Viehzählung am 1. März 1918 hat der Bundesrat eine Ausführungsverordnung erlassen, die eine Zählung der im Deutschen Reiche vorhandenen zahmen Kaninchen anordnet. Diese Feststellung geschieht im Interesse der Heeresverwaltung, weil die Felle der Kaninchen in steigendem Maße für den Kriegsbedarf Bedeutung gewinnen. — Da eine besondere Zählung zurzeit nur mit großen Schwierigkeiten durchführbar sein würde, erschien es angezeigt, sie mit der am 1. März 1918 vorgeschriebenen allgemeinen Viehzählung zu verbinden.

Eisleben. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wird am Sonntag nachmittag im Lokal Hohenzollern abgehalten. Sie beginnt schon um 2 Uhr. Auch hierzu, die die Mitglieder [illegible] schaft Eisleben [illegible] über die Lande. Tagesordnung ist reichhaltig.

Hettstedt. Gewerbsmäßige Hehlerei. Neulich wurde bei dem Geschäftsführer P. der Installationsfirma Stubbenhagen u. Ko. auf dem Freimarkt hier eine Haussuchung vorgenommen, weil er hinreichend verdächtig erschien, gestohlenen Kupferdraht aufgekauft zu haben. Eine eingehende Prüfung der Bücher usw. des Geschäfts der Firma Stubbenhagen u. Ko. ergab eine Menge Material, woraus hervorging, daß P. die gewerbsmäßige Hehlerei seit etwa dreiviertel Jahren schwunghaft betrieben und dabei ein gutes Geschäft gemacht hat. Es handelt sich hauptsächlich um Kupferdraht, der, wie auf dem Messingwerke festgestellt werden konnte, von dem Elektromonteur M. aus Sandersleben, der dort eine ganz besondere Vertrauensstellung hatte, seit einem halben Jahre nach und nach gestohlen worden war. P. kaufte den gestohlenen Draht und setzte ihn mit sehr hohem Gewinn nach außerhalb um und hat dabei sehr viel Geld verdient. Außer M. kommen noch andere Personen als Diebe und andere Firmen als Hehler in Frage. Die Untersuchung dauert noch fort. Der Wert des gestohlenen und von P. gekauften Drahtes beläuft sich auf viele Tausend Mark. P. wurde deshalb wegen gewerbsmäßiger Hehlerei, in vielen Fällen, die ihm glatt bewiesen sind mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft wird, in Untersuchungshaft genommen.

Helbra. Von der Straßenbahn überfahren. Der Invalide Baga von hier sprang, offenbar in der Meinung, seine Haltestelle nicht bemerkt zu haben, aus dem Wagen der elektrischen Kleinbahn heraus, zwischen den hochfolgenden Gepäckwagen, unter den er zu liegen kam und überfahren wurde. Er wurde an beiden Beinen so schwer verletzt, daß seine sofortige Ueberführung in das Knappschaftskrankenhaus in Eisleben notwendig wurde. Das linke Bein wird wahrscheinlich abgenommen werden müssen. — Inzwischen ist der Verunglückte seinen Verletzungen erlegen.

Schachwitz. Was gestohlen wird. Der Witwe Lüddecke wurde das Geschlachtete von zwei Schweinen und eines Ziegenbocks, ferner einige Töpfe Mus und verschiedene Brote durch Einsteigen entwendet. Kurze Zeit vorher wurden einige Bewohner des Dörfchens Wits in gleicher Weise bestohlen, außer den Fleischwaren nahmen die Spitzbuben noch ungefähr vier Zentner Aepfel mit.

Sangerhausen. Ein jugendlicher Abenteurer wurde in Sangerhausen aufgegriffen. Der 15jährige Fürsorgezögling Paul Kolaschinski aus Berlin war aus der Erziehungsanstalt Rettungshaus Marwitz bei Velten, Kreis Osthavelland, entlaufen, hatte sich in einen Militärzug eingeschmuggelt und wollte als blinder Passagier mit den Feldgrauen — nach Frankreich fahren, um dort als Schipper tätig zu sein. In Sangerhausen wurde er aber aus dem Zuge geholt.

Eilenburg. 30 Pfund Talg gestohlen wurden nachts aus der hiesigen Kreisschlächterei. Von dem Dieb fehlt jede Spur.

Uebigau. Einweiblicher Fleischermeister. Frau Agnes Schneider legte kürzlich als erste Frau im Kreise ihre Meisterprüfung im Fleischergewerbe ab.

(Weitere Provinz in der Beilage.)

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 15. Februar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minentätigkeit. Abteilungen eines Matrosenregiments brachten von einem Erkundungsvorstoß neben die belgischen Linien südwestlich von Mannekensvere zwei Offiziere und 26 Mann gefangen zurück.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Nordwestlich und östlich von Reims rege Erkundungstätigkeit des Feindes. In der Gegend von Prunay und südöstlich von Tahure entwickelten sich lebhafte Artilleriekämpfe.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Die Gefechtstätigkeit lebte im Oberelsaß zeitweilig auf.

Im Januar beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 20 Fesselballons und 151 Flugzeuge, von denen 67 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind. — Wir haben im Kampf 68 Flugzeuge und vier Fesselballons verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

[illegible] der russischen Bauern nicht mehr zu Fuß und [illegible] kommen bei

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

40 Milliarden neue englische Kriegsanleihe. Der Londoner Daily Chronicle teilt mit, im März werde England eine neue große Kriegsanleihe ausschreiben. Es handele sich diesmal um 40 Milliarden. Leider sei England genötigt, die Geldbedürfnisse auch zweier anderer verbündeter Staaten auf sich zu nehmen.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Aller[illegible] Paul Hermin; Feuilleton, Halle und Umgebung und Aus der Provinz Karl Rot; Anzeigen Wilhelm Krause; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

„Da der Herr Amtmann befohlen haben, daß ein für allemal auf jeden Tag in der Woche ein berittener Mann als Expreßjottillon parat sein solle, so hab' ich als Obermeister dem Kreuzwirt den nächsten Ritt auferlegt."

„Da er eine wenig erbauliche Figur zu Pferd machen wird, so ist er dieser Prästation zu entlassen," verfügte der Amtmann.

„Wenn's der Herr Amtmann nicht ungnädig nehmen wollten," wagte der Sonnenwirt einzuwenden, „es ist auch das eine von meinen vielen Sorgen und Verlegenheiten. Die ganze Menagerie wird mir auffällig wegen des beständigen Meinemüssens, so daß ich nächstens nicht mehr weiß, wem ich den Tag ansehen soll. Sie klagen, es lohne sie so gar viele Zeit und bringe sie um Verdienst zurück. Ein mancher kommt gar nicht mehr zu mir zur Zech', und das ist mir ein empfindlicher Verlust."

„Es ist aber auch keine geringe Last für die Leute," sagte der Amtmann. „Darin hat der Kreuzwirt recht, daß Sein entarteter Sohn durch Flecken einen horrenden Schaden zufügt. Wenn alle leiden müssen, so hat Er am wenigsten zurückstehen. Es wäre vielleicht doch geheiter gewesen, Er hätte Fünfe grade sein lassen und die Mariage zugegeben."

Der Sonnenwirt fühlte sich wie zu Boden geschmettert. Derselbe Mann der Autorität, der sich so durchreifend gegen diese Heirat erklärt und seinen Arm zu seiner Hintertreibung hergeliehen hatte, machte ihm jetzt Vorwürfe, daß er seinem Sohne nicht den Willen gelassen habe. Er sah den Amtmann mit einer flehenden Jammermiene an, versummte aber unter der Wucht, die ihn niederdrückte.

Die Amtmännin kam ihm zu Hilfe und erinnerte ihren Mann, daß wenn sein Vorwurf begründet wäre, er ihn nach seinem eigenen Geständnis ebensogut und noch stärker treffen würde als den Sonnenwirt.

„Ach Gott!" sagte dieser, dankbar für den Beistand, „wenn Sie erlauben, Herr Amtmann und Frau Amtmännin, ich hab' überhaupt schon lange Zeit keine gute Stunde mehr in meiner Familie. Seit mein Sohn amtlich für einen Erzhösnicht erklärt werden ist und jetzt natürlich nichts mehr an mir erben kann, wenn ich ihn auch einsetzen wollt', seitdem ist der Hader zwischen meinem Weib und meinen Fosterstämmern los. Sie liegt mir immer an, ich soll ein Testament zu ihren Gunsten machen, und das müssen die beiden anderen, der Chirurgus voran, gemerkt haben."

„Sie hat ja keine Kinder," bemerkte der Amtmann.

„Wohl geben, aber sie hat Verwandschaft, die sie auf die Sonne dringen möcht'."

„Da würde ich vor allen den Chirurgus bedenken," riet der Amtmann. „Der Mann hat savoir vivre, gibt einen gewandten Wirt und wäre wohl am meisten geeignet, die Sonne im Flor zu erhalten."

Der Sonnenwirt versprach, diesen guten Rat in Erwägung zu ziehen, gegen welchen die Amtmännin keine Einsprache tat. Als er sich empfehlen wollte, hieß ihn der Amtmann noch bleiben und unterredete sich mit ihm über den Hauptstreit, wegen dessen er ihn hatte rufen lassen wollen. Er teilte ihm den Inhalt des oberamtlichen Schreibens mit und forderte ihn auf, sich zuvörderst darüber auszusprechen, ob die Hirschbäuerin wohl dazu zu bringen wäre, einen Verzicht an ihrem Schwiegersohne zu begehen.

„Die ist eine Schmohampel an Leib und Seel'," antwortete der Sonnenwirt, „die verkauft ihren Herrgott, wenn sie nur Geld sieht. Das ist auch ein Grund gewesen, warum ich meinen Sohn nicht heb' in die Familie beiraten lassen wollen."

„Mir kommt da ein guter Einfall," sagte der Amtmann. „Ich hatte neulich in alten Akten und Urkunden zu stöbern und machte dabei zufällig die Entdeckung, wie es mit dem Leibeigenschaftsverhältnis der Hirschbauern-Familie bewandt ist. Der erste des Namens hat das Haus als eine Art Wildbüter zu Lehen erhalten mit der ausdrücklichen Bedingung, Jagd auf die Wilderer zu machen. Da nun gar kein Zweifel sein kann, daß Sein Sohn neben anderen ähnlichen Beschäftigungen auch diesem ehrsamen Gewerbe obliegt, so könnte man es ihr als eine Verwirkung auferlegen, daß sie die Hand zu seiner Beifahung zu bieten habe, widrigenfalls die Herrschaft berechtigt wäre, sie von Haus und Hof zu jagen."

„Nur den Notfall," erwiderte der Sonnenwirt, „kann diese Drohung nicht schaden, aber sie wird kaum vonnoten sein. Auf den Abend will ich das alt' Weib zu mir kommen lassen und hoff', in kurzem dem Herrn Amtmann erwünschte Antwort zu bringen."

Er wünschte einen glückseligen Tag und ging, ohne sich zu fragen, ob das Vorhaben, das er der Hirschbäuerin gegen ihren Schwiegersohn zutraute und mit dessenwillen er sie verurteilte, ein anderes sei, als das Vorhaben, das er gegen seinen eigenen Sohn bereits ausführen im Begriffe war.

Auch der Amtmann und seine Frau dachten an eine solche Vergleichung nicht. „Wenn der Sonnenwirt die Sonne dem Chirurgus zuwendet," sagte der erstere lachend, „so stirbt die Sonnenwirtin, sobald sie etwas vom Testament erfährt, am Gallenfieber."

„Das wäre dem Mann je eher je lieber zu gönnen," versetzte die Amtmännin. „Er hat nicht zum besten mit ihr gelebt, und sie ist auch in der Tat, so wie man sie näher kennen lernt, eine herzlose, neidische, maliziöse Kreatur."

Der Himmel weiß, womit die sonst so kluge Sonnenwirtin es bei der gestrengen Frau verschüttet haben mochte.

Schon am nächsten Morgen ritt eine Staffette nach Göppingen mit der Meldung des Amtmannes an den Vogt, daß alles sich nach Wunsch anlasse, und mittags hatte der Amtmann vom Vogt die Weisung, er solle, da die alte Müllerin versprochen habe, den Vösmicht in ihr Haus zu locken, genugsame Mannschaft mit Gewehr und Prügeln dahin verstecken und denselben achtzehn Gulden, der Müllerin aber, wenn der Fang mit ihrer Behilfe gelungen sein werde, — zwei Gulden als Belohnung auszuzahlen.

Dritter Teil.

30.

„Gesegnete Mahlzeit beieinander! Das ist ja schön, daß man die Ahne und die Kinder bei der Gottesgabe findet, die Leib und Seel' zusammenhält."

Mit diesen Worten trat der Gächtete durch die Türe ein, deren Schwelle er so manchmal in Leid überschritten hatte. „Was speist man denn?" fragte er heiter.

„Rübeles-Suppe und Grundbirn'!" antwortete der Knabe, der mit der Großmutter und seinem kleinen Schwesterlein zu Tische saß und mit seinem Löffel der gemeinsamen Schüssel wacker zusprach.

„Will Er's nicht mithalten?" fragte die Hirschbäuerin, ohne sich in ihrer eifrigen Beschäftigung stören zu lassen.

„Danke! was für drei gekocht ist, ist nicht für vier; man muß keine Deichsel an die Suppenschüssel machen. Im Gegenteil bring' ich hier ein paar Brätlein. Wenn Ihr's nicht essen wollt, so könnt Ihr's unter der Hand zu Geld machen." Er hielt ihr ein paar Hasen hin. Bei diesem Anblick legte sie schnell den Löffel auf den Tisch, ergriff das Geschenk und trug es in eine Ecke der Stube, wo sie einen leeren Korb darüber deckte.

Der Ankömmling setzte sich an den Tisch, holte einen hölzernen Löffel aus der Schublade und fütterte das Kleine, das erwartungsvoll nach der Großmutter hinstarrte, aus der Schüssel, ohne sich selbst einen Bissen zu gönnen. Bei dem trüben Schein der armseligen Ampel blickte er abwechselnd seine Kinder an und freute sich, daß es ihnen so gut schmeckte.

„Wo ist denn der Lobele blieben?" fragte die Alte, sich wieder an den Tisch setzend.

„Mein weiskopfiges Schwägerle," erwiderte er, „hab' ich in Reichberghausen beim Christle gelassen. Ich hab' einen weiten Umweg machen müssen" — er warf einen Blick nach der Ecke, wo die Hasen lagen — „wo ich ihn nicht hab' mitnehmen wollen, und ihn allein herumgehen zu lassen, dazu ist mir's zu spät gewesen. Morgen früh ist er wieder da. Ist's richtig, war er mir ausgerichtet hat? Mein Vater will sich also zu einem gütlichen Abkommen mit mir verstehen?"

„Ja," sagte sie, „er hat mich kommen lassen und hat so mit mir geredet, daß ich glauben muß, es sei sein Ernst. Vierhundert Gulden will er Ihm geben, wenn Er mit der Christine und den Kindern nach Pennsylvanien geht, die Hälfte bar und die Hälfte drüben, aber das Ware nicht eher, als bis mit der Abreis' alles im reinen ist. Bis dahin will er sorgen, daß den Kindern nichts abgeht."

„Wenn nur die Christine frei wär', dann ging' ich gleich," versetzte er. „Wißt Ihr nichts von ihr?"

„Nein."

„Einundzwanzig Wochen sind es jetzt, daß ich ihr Gefängnis umschwärme," sagte er. „Was ich in dieser Zeit durchgemacht hab', wird nicht bald einem Sogenner vorgekommen sein, denn der hat das noch die Wahl, in welcher Gegend er sein Nachtquartier nehmen will, und wenn's auch nur in einer Höhle wär'. Ich aber bin wie ein böser Geist immer in das Revier da gebannt gewesen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191802 14-16/fragment/page=0007

Freitag — Sonnabend — **95 Pfg.** — Montag — Dienstag

In den erlaubten Abteilungen — In den erlaubten Abteilungen

Schlussverkauf!

1 Poesie-Album 95 — **1 Schüler-Etui mit Inhalt 95**

2 Roll. Toilettepapier 95
1 Roll. Kreppe-Toilettepapier 95
1 Postkarten-Album 95
1 Paket Butterbrotpapier 95
25 Kartenbriefe . 95
1 Schreibblock . . 95

7 Pakete Scheuerpulver Fix und Famos . 95
4 Pakete Edelweiß-Waschpulver . . 95
2 Pakete Waschpulver „Wäschermädel" . 95
2 Pakete Waschpulver „Vergißmeinnicht" 95

1 Kassette 25 Briefbogen 25 Umschläge **95**

3 Pfund Scheuermittel 95

35 Bog. Billettpapier 95
30 Bog. Ordrepapier 95
20 Bog. Quartpapier 95
7 Mappen Briefpapier 95
4 Mapp. Leinenpapier 95
2 Mapp. Leinenpapier 95
10 Feldpostkart.-Blocks 95
25 weiße Mundtücher 95

1 Flasche Brillantine 95
1 Flasche Bartwasser 95
1 Flasche Haarbalsam 95
1 Flasche Parfüm . 95
1 Rasier-Garnitur 95
5 Rasier-Klingen . 95
4 Pakete Stärkeersatz 95
2 Nagelpolierfeile . 95

Roman elegant geb. Band **95**

Romanbibliothek Weichert u. Enslin 4 Bände **95**

Wirtschafts-Artikel

1 Brotkorb, oval . . . 95
1 Paar Bestecks . . . 95
1 Eierhalter 95
1 Salz- u. Pfeffermenage 95
1 Fürstenkaffeekanne . . . 95
1 Rolldecke 95
1 Kartoffelstampfer . . 95
1 Gebäckkasten 95
1 Leuchter, lackiert . . 95
1 Zwiebelbehälter . . . 95

1 Postkart.-Rahmen 95

1 Schiefertaf. 5 Griffel zus. **95**

Wirtschafts-Artikel

1 Porz.-Kord, durchbr. . 95
1 Porz.-Mocca-Tasse . 95
1 Pb.-Zuckerdose u. 1 Gieß. 95
1 Teekanne 95
2 Vorratstonn. ohne Deck. 95
1 Aschenbecher 95
1 Milchtopf, weiß . . . 95
2 bunte Obertassen . . 95
3 Paar Tassen 95
1 Vorratstonne mit Deck. 95

20 bunte Ansichtskarten 95

40 schwarze Ansichtskarten 95

1 Briefflasche . . 95
1 Taschentoilette . . 95
1 Herren- od. Damen-Geldbörse 95
1 Schreibmappe . . 95
1 Taschenmesser . . 95
1 Nackenspange . . 95
1 Perlbörse 95

1 gefleidete Puppe . 95
1 Stickkasten 95
1 Kinderreis. m. Stock 95
1 Mundharmonika . 95
1 Holzbaukasten . . 95
1 Ballschläger m. Ball 95
1 Sandsieb m. Form. 95
1 Celluloidball . . 95

Preiswerte Kurzwaren

Druckknöpfe . . . . Dtzd. 20
Druckknöpfe mit Feb. Dtzd. 35
Armblätter . . . Paar 85 70
Sicherheitsnadeln, sort. Mpp. 25
Stoßborte . . . Meter 50 35
Kind.-Strumpfhalter, Paar 90
Dam.-Strumpfhalter, P. 1.45
Wäschekneife . . Dtzd. 12 10

Schuhsenkel, 80 cm . Paar 40
Schuhsenkel, 100 cm, Paar 60
Schuhsenkel, 120 cm, P. 1.00
Bandmaße . . . . . Stück 27
Kragenstäbe . . . Dtzd. 20 15
Kragenstäbe, Spiral . Dtzd. 35
Stopfgarn, schwarz . Karte 30
Stopfgarn, grau . . Karte 30

Wäsche-Languette, weiß und bunt . . . . 10 Meter 1.10
Wäscheborten, weiß und bunt . . . . 10 Meter 1.10
Zwirnspitze . . Meter 16 14

Neue Schnittmuster in großer Auswahl.

1 Brosche od. Rocknadel **95**

10 Pakete Backpulver 95
7 Pak. Eierpulver 95
4 Pakete Sülzepulver 95
3 Pakete Kunstpeile-Geleepulver . . . 95
4 P. Marmelad.-Pulv. 95
7 Pakete Suppengrün-Ersatz 95

1 Damen-Uhrarmband **95**

7 Pak. Eierkuchenpulver mit Soße . 95
6 Pak. Kriegsgeschmack 95
4 Pt. Lebkuchenpulv. 95
2 Fl. Kunstb.-Essenz 95
7 Pt. Küchenkräuter 9
7 Pak. Teekräuter . 95
1 Fl. Suppenwürze 95

1 Taschen-Feuerzeug 95

Hamburger Engros-Lager

Leopold Nussbaum

G. m. b. H.

1 Kinder-Frühstücks-Tasche 95

Amtliche Bekanntmachungen.

Seefischverkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische (Cabliau, Schelle, Tarbutt, Steinbutt, Seezunge) wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am **Sonnabend früh** in den einschlägigen bekannten Geschäften.

Für jede Person **eines Haushaltes kann** ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugscheine Nr. 13, Abschnitte Nr. 142. Zugelassen sind die Nummern der Lebensmittelscheine 38501—52500. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 142 des Warenbezugsscheines 13 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 15. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung **vom 25. September und 4. November 1915** wird der Verkauf **von Dörrgemüse (Spinat)** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt **am Sonnabend**, den 16. Februar 1918. Für jede Person eines Haushaltes **können** 60 Gramm zum Preise von 30 Pfennigen verabfolgt werden.

Die **Käufer** sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern das Dörrgemüse einzukaufen, bei welchen sie für den **Bezug von Kolonialwaren** in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 136 des Warenbezugscheines XIII **zu erfolgen.**

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken, zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der **Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.**

Halle, den 15. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Der zur Verteilung an die Stadt gelieferte **Trockenspinat** muß am besten etwa 24 Stunden in kaltem Wasser eingeweicht und dann, nachdem er weich geworden ist, genau wie frischer Spinat, geputzt und gewaschen, zum Kochen verwendet werden. So behandelt, gibt der Spinat genau so gutes Gemüse, wie frisch gestochener.

Halle, den 13. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Der **Verkauf der der Stadt überwiesenen Inlandseier** wird am Sonnabend den 16. **Februar** 1918 in der Talamtschule fortgesetzt. Zugelassen werden die Inhaber der Lebensmittelscheine 46501 bis 49000 vormittags von 8½ bis 12 Uhr. Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 33 Pf. abgegeben. Umtausch nur innerhalb drei Tagen! Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten.

Halle, den 15. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 16. Februar wenden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: **Um 8 Uhr** Nr. 1851—1900, um 9 Uhr Nr. 1901—1950, **um 10 Uhr** Nr. 1951—2050, um 11 Uhr Nr. 2051—2150, um 12 Uhr Nr. 2151—2250, um 1½ Uhr Nr. 2251 bis 2350, um 2½ Uhr Nr. 2351—2450.

Halle, den 14. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Gültigkeit der grünen Kostenkarten.

In der Woche vom 18. bis 23. d. M. darf auf die Kohlenmarken Nr. 43 und 44 zusammen 1 **Zentner Briketts** abgegeben werden. Bei geringem Kohlenvorrat ist **die Abgabe** von zunächst nur ½ Zentner auf eine der **beiden Nummern** zulässig. Die Nummern 41 und 42 verlieren mit dem 17. d. M. ihre Gültigkeit. Die Kohlenhändler sind verpflichtet, **alle** in ihren Händen befindliche Kohlenmarken an jedem **Montag mit der Wochen**meldung an die Ortskohlenstelle abzuliefern. Diese Bekanntmachung gilt als Ergänzung unserer **Verordnungen** vom 28. April und 26. November 1917. Zuwiderhandlungen unterliegen den dort angeführten Strafen. (Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk.)

Halle, den 14. Februar 1918. **Die Ortskohlenstelle.**

Verkauf von Quark!

Am Sonnabend, dem 16. d. M., erfolgt der Verkauf von **Quark** für Kinder vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre an diejenigen Inhaber der Lebensmittelscheine Nr. 1 bis 70 000, welche den Einkauf auf Grund des Abschnittes 1 des Einkaufscheines über Molkerei-Erzeugnisse bis jetzt noch nicht bewirkt haben. Der Verkauf findet an folgenden Stellen statt: Milchhändler Beyel, Kellnerstraße 8, Milchhändler Brockhaus, Ludwigstraße 26, Milchhändler Scharfe, Rudolf-Haym-Straße 35, Milchhändler Ende, Delitzscher Straße 10, Milchhändler Schenkling, Forsterstraße 38, Milchhändler Hintsche, Große Gosenstraße 21, Milchhändlerin Rincke, Goethestraße 13, Milchhändlerin Zander, Unterberg 7, Kaufmann Paul Creutzmann, Talstraße 2, Kaufmann Otto Brand, Trothaer Straße 58, sowie in den Verkaufsstellen der Niembergerei, Molkerei, Schulstraße 18 und Beesener Straße 1.

Für jedes Kind [illegible] Gramm.

[illegible] Tafeln [illegible]

[illegible] Wirtschaftsgegenstände [illegible]

[illegible] werden 200 Gramm Quark auf den Abschnitt 1 des Einkaufscheines zum Preise von 25 Pfennig abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Gefäße sind mitzubringen. Die am Sonnabend, dem 16. d. M. zum Einkauf nicht benutzten Abschnitte Nr. 1 der Einkaufscheine über Molkereierzeugnisse verlieren mit diesem Tage ihre Gültigkeit.

Halle, den 16. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Die Kohle ist knapp. Holz aber reichlich vorhanden.

Trotz der vielen Hinweise ist immer noch nicht die Erkenntnis durchgedrungen, daß die im Mai v. J. den einzelnen Haushalten zugeteilten Kohlenmengen n i c h t geliefert werden können, weil eben die der Stadt Halle vom Reichskommissar zugewiesene Menge sehr viel geringer ist als seinerzeit angenommen worden war. Alle Anträge, die nur aus dem Grunde gestellt werden, weil die bisher gelieferte Menge hinter der Zuteilung zurückbleibt, können daher keine Berücksichtigung finden. Damit aber solche Haushalte, die ihren Kohlenvorrat fast verbraucht haben, mit der noch vorhandenen Menge länger reichen können, empfehlen wir immer wieder die Benutzung von Brennholz. Dieses ist von der Ortskohlenstelle in reichlichen Mengen beschafft und den Firmen Fr. Nelson, Mehmert u. Müldener, Buchmann u. Ko., G. Paulin, Proepper u. Ko., Glückauf-Kohlenkontor und Sachse u. Müller zum Verkauf überwiesen worden. Bezugsschein ist nicht erforderlich. Auch Geschäfte, Behörden und Anstalten werden ebenfalls auf die Benutzung von Brennholz verwiesen. Bei größerem Bedarf kann Brennholz auch waggonweise durch die Ortskohlenstelle bezogen werden.

Halle, den 14. Februar 1918. **Die Ortskohlenstelle.**

Karbid-Tischlampen, erstklassiges Fabrikat, großer Posten eingetroffen. 3926
Karbid-Wurmstich, Merseburgerstraße 163.

Ein Waggon
3915
preiswert erstandene
Emaille-Waren
etwas beschädigt, bringe ich
sehr billig zum Verkauf:

Schmortöpfe	Eimer	Waschbecken
Kochtöpfe	Essenträger	Wannen
Ringtöpfe	Reibeisen	Wasserkessel
Schöpflöffel	Kaffeekannen	Nachtgeschirre

Steinweg 45. **Sobel,** Reilstrasse 1.
Ammendorf: Bahnhofstrasse 1.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, die Reigwaren (Rubeln) bei dem Fabrikanten Keil, Bernhardstr. 20, abzuholen. Die Abgabe erfolgt an die Kleinhändler mit den Buchstaben: A—F am Montag, dem 18. Februar, G—K am Dienstag, dem 19. Februar, L—R am Mittwoch, dem 20. Febr., S—Z am Donnerstag, dem 21. Februar 1918. Die Kleinhändler sind verpflichtet, bei der Abgabe den Bestand an Waren und die Anzahl der von ihnen mit Reigwaren zu versorgenden Personen anzugeben.

Halle, den 15. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Neue Möbel!
Kastenbetten und Waschtische, Kommoden, Vertikos und Nußbaumspiegel, echt Nußbaum und gestrichen, Plüschsofa, Dipl.-Schreibtische, Steg- u. Ausziehtische, Spiegel mit Schränchen, Bettfiedern mit Matratze, einf. Kücheneinrichtungen, alles in großer Auswahl verkauft 3927
Friedrich Peileke, Geiststraße 25.

Athleten-Zeitungen (geb. Jahrgänge) u. Scheiben-Hantel oder einzelne Scheiben kauft 3917 **Siebert, Viktor Schefflstr. 4.**

Vorwärts-Bibliothek.
Jeder Band 1,50 Mark
Der Ausweg
Das Land der Zukunft
Verschrobenes Volk
Der prinzlbienreiter
In den Tod getrieben
Der Pariser Garten
Mutter
Der Morgen grant
1000 Mark Belohnung
Vom Waisenhaus zur Fabrik
Die Markelenderin
Kriegslahrten
Kriegsberichte
Herzen im Kriege
Als Zwischendeckwand nach Südamerika
Jeder Band 2,— Mark
Erwesi
Der Gottesflästerer
Die Heiterelei
Verbrechergeschichten I.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle a. d. S., Harz 42/44.

Vereins-Anzeiger
zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender
Veranstaltungen
der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.
Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.
Freitag, den 15. Februar pünktlich abds. ½9 Uhr, i. Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: Turnhalle Oberrealschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Mandolinen-Abteilung: Jeden Sonnabend abend beim Turngen. Kraft: Uebungsstunden.

Touristen-Ver. „Naturfreunde." Sonntag den 17. Februar: Halbtagestour durch das untere Saaletal. Abmarsch: 2 Uhr von der Beesnigbrücke.

Verkauf von gebrauchtem Mädchen, Plüschsofas, Bettstellen m. Matratzen (sehr gut erhalt.) von 2899 **E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12.**

Mir oder Mich?
Leitfaden zum Gebrauch der Fürwörter.
Ein Lehr- u. Uebungsbuch für den Selbstunterricht.
Preis 1.25 Mark (nach auswärts 10 Pfg. Porto).
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Halle,** Harz 42/44.

Arbeitsmarkt

Aelteres Schulmädchen für 1—2 Stunden fürs Haus gesucht. Fackstr. 5b, III. 3812

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191802 14-16/fragment/page=0008